

Streifzüge

Preis: 27,- ATS / 4,- DEM / 2,- Euro

1/2000

Freiheitliche Sirenen

Als vorläufigen Abschluß ihrer Auseinandersetzung über Haider versuchen Gerhard Scheit und Franz Schandl unabhängig voneinander nicht nur eine aktuelle Einschätzung zu geben. Vgl. auch das Streitgespräch in *konkret* 2/2000, sowie die grundsätzlichen Aufsätze in *krisis* Nr. 23, die eben erschienen ist.

Gerhard Scheit:

I Elegie und Posse

Der Beginn jener drei sozialdemokratischen Jahrzehnte in Österreich, die nun zu Ende sind, muß dem heutigen Anti-Haider-Patriotismus wie der Eintritt in ein glorreiches Zeitalter erscheinen: Von einer breiten Basis der Bevölkerung getragen und bei günstigen Kreditbedingungen auf den Märkten realisierte Kreisky ein spätes keynesianisches Reformprogramm, wollte in gewisser Weise nachholen, was er in Schweden im Exil als Alternative zur austrofaschistischen und nationalsozialistischen Art der Krisenbewältigung erlebt hatte. In bestimmter Hinsicht erreichte damit aber auch die Verdrängung gerade dieser heimischen, spezifisch deutschen oder deutsch-österreichischen Art der Krisenbewältigung ihren Höhepunkt – und davon will der linke Patriotismus lieber nichts hören. Denn Kreiskys spätes New Deal, das für einige Zeit ein fast völliges Verschwinden der Arbeitslosigkeit brachte, hat zugleich eine eigenartige Verschränkung von imaginärer „Wiedergutmachung“ und raffinierter „Schuldabwehr“ erlaubt: Der einstmals aus Österreich als Jude und Linker Vertriebene wurde gewählt, obwohl man seinen christlich-konservativen Gegenkandidaten als „echten Österreicher“ angepriesen hatte. Und seine erste Minderheitsregierung wurde von der FPÖ gestützt, jener damals kleinen Partei, zu der die bekennenden Ewiggestrigen gegangen waren, als sie wieder wählen durften. Angeführt wurde diese Partei von Friedrich Peter, früher Unterscharführer der berüchtigten 1. SS-Infanteriebrigade, der sich nun zwar zum Liberalismus bekannte, seine Schar aber konnte sich unter diesem Mäntelchen treu bleiben. Die SPÖ förderte ihren Bündnispartner nach Kräften, Kreisky stellte sich schützend vor Peter, als Wiesenthal über dessen SS-Vergangenheit aufklärte.

Im selben Maß, in dem der keynesianische Sozialstaat von den Nachfolgern Kreiskys wieder Stück für Stück abgebaut wurde, brach sich auch das Verdrängte Bahn – und der Aufstieg von Haider und der FPÖ seit Mitte der achtziger Jahre ist davon die Resultante. Aus den Ewiggestrigen sind Ewigmorgige geworden. Ungeachtet des Designs seiner Medienauftritte, die auf das Image des Senkrechtstarters hinauslaufen, handelt es sich im Grunde um einen eher langsamen, stockenden Vorgang, was die Sache allerdings nicht weniger gefährlich macht. Haider repräsentiert damit geradezu den Charakter einer Krise, die nie zum Ausbruch zu kommen scheint und auf permanentem Aufschub der zyklischen Entladung beruht. Im Vergleich zum rapiden Aufstieg der Nationalsozialisten nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 hat man es hier eher mit einem schleichenden, nicht kataklystischen Prozeß zu tun – und es sieht ganz so aus, als würde sich daran in nächster Zeit auch nichts ändern.

Was von Haider allerdings zu erwarten ist, darüber besteht kaum Zweifel: daß er in der Krise losschlägt. Solange aber die Erosion der alten fordistischen Verhältnisse langsam fortschreitet, den Sozialstaat sukzessive aushöhlt, die Arbeitslosigkeit sanft, aber stetig ansteigen läßt, ohne plötzliche Schübe des Zerfalls und schlagartige Einbrüche in den Beziehungen der kapitalisierten Gesellschaft, behält dieses Losschlagen notwendig etwas Possenhaftes – (man muß sich nur die Chargen der jetzigen Regierung ansehen – allen voran den Nebenrollen-Darsteller Schüssel, eine Nestroyfigur, aber eine postfaschistische). Für die von Ausländerpolitik und rassistischen und antisemitischen Projektionen Betroffenen handelt es sich allerdings bereits bei dieser Klagenfurter Republik, bei diesem Faschismus in Krähwinkel, um ein äußerst bedrohliches Spektakel. Die Frage ist, von welchem Standpunkt diese

Bedrohung noch begriffen und angegriffen werden kann – gewiß nicht vom Standpunkt der siebziger Jahre.

II Opfer und Täter

Günther Jacob hat in seiner Polemik gegen die Haider-Kritik der österreichischen Linken (*Weg und Ziel* 5/99; *konkret* 2/2000) davon gesprochen, daß sich diese Kritik nicht über „die Darstellung der Situation der wirklich Bedrohten“ hinwegsetzen darf. „Wo es um Antisemitismus und Rassismus geht, also um Ausgrenzung, Degradierung und Mord, müssen wir der möglichst genauen Beschreibung der Ereignisse den Vorrang geben. Die Theorien, mit denen wir dabei arbeiten, müssen sich an dieser Aufgabe bewähren, und sie bewähren sich nicht, wenn wir uns mit ihnen von Ereignissen entfernen.“ Die Polemik ist richtig, soweit sie sich gegen jene typisch linke Rationalisierung des Rassismus wendet, wonach die Rassisten selber Opfer seien, Opfer der Kapitalisten, die sie ausbeuten, oder einer miesen ökonomischen Lage, die sie zu Arbeitslosen und Modernisierungsverlierern macht: „Beruhigend zu wissen, sagen sich da alle, die in der Straßenbahn angespuckt werden, dann sind wir ja bloß in einen Widerspruch hineingeraten“. Auch darin hat Jacob recht, daß jenes Bedürfnis nach Rationalisierung etwas mit dem Kontinuum dieser Gesellschaft zu tun hat, die aus dem Nationalsozialismus hervorgegangen ist. (Dieses Kontinuum zu verdrängen, um etwa in der aktuellen Situation gegen die Reaktionen des „Auslands“ Stellung zu nehmen, kann geradezu als Hauptgeschäft der staats-treuen Linken betrachtet werden.)

Fragwürdig aber ist, worin die Suggestivfragen Jacobs münden und wozu ihre moralische Intention verallgemeinert wird: „Haben Rassismus und Antisemitismus also einen ‘Grund’? Muß man sich vor allem um die ‘sozialen Mindeststandards’ der ‘kleinen Leute’ kümmern, um

sie vom Pogrom abzuhalten? Die rassistisch Ausgegrenzten stehen in diesen Texten deutlich nicht im Mittelpunkt des Interesses. (...) Unter der Hand ist der Gegenstand der Betrachtung ausgetauscht worden. Haider's Rassismus und Antisemitismus ist plötzlich nur noch ein Thema unter ferner liefen. Bevor wir es bemerken, diskutieren wir wieder ganz allgemein über Staat&Kapital. Das kann ja interessant sein. Es fällt nur auf, daß solche Diskussionen die Darstellung der Situation der wirklich Bedrohten einfach ersetzen."

Sollte es die Strategie von Jacobs Text sein, die Situation der wirklich Bedrohten so darzustellen, daß von Staat&Kapital geschwiegen werden könne, weil deren Betrachtung im besten Fall interessant, aber für die Darstellung der Situation der Bedrohten ephemere wäre? Unter der Hand ist die Frage, wie Rassismus&Antisemitismus mit Staat&Kapital zusammenhängen, nur noch ein Thema unter ferner liefen geworden. Bevor wir es merken, diskutieren wir nur mehr über unsere eigene Moral und political correctness. Was nützt es den rassistisch Ausgegrenzten, wenn sie in den Mittelpunkt der Texte gerückt werden, damit deren Autorinnen und Autoren stolz ihre Moral vorzeigen können; solche Moral ist eben in der Straßenbahn gefordert oder wo immer der rassistische Mob gerade aktiv wird. Wo sie sich aber selbstbespiegelt, statt über ihre Bedingungen zu reflektieren, wird sie zur Ideologie. Was nützt es den rassistisch und antisemitisch Ausgegrenzten, wenn ihre Lage beschrieben wird, ohne über die Voraussetzungen dieser Ausgrenzung Klarheit zu schaffen: und damit sind nicht das Kapital als „ökonomische Basis“ und der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ oder ähnliches gemeint, sondern die Individuen, die sich als Subjekt der kapitalisierten Gesellschaft mit dem Staat identifizieren, indem sie Rassisten&Antisemiten sind; bis zu welchem Grad sie es sind, ist darum nicht unabhängig von jener Identifikation zu betrachten. Eine möglichst genaue Beschreibung der Ereignisse wäre also eine, die sich nicht von der Kritik dieser Identifikation entfernt.

III „Vermenschlichung des Staats“

Ilse Bindseil etwa rückt dem Subjekt reflexiv zu Leibe, wenn sie deutlich macht, wie der Staat aus ihm spricht, sobald es sich von „Wirtschaftsflüchtlings“ 'heimgesucht' glaubt: Diese Flüchtlinge kommen, „obwohl sie doch genau wissen, daß sie hier nur geächtet, gejagt und aufgemischt werden: Ist es nicht unerträglich, mit ansehen zu müssen, wie Menschen sich an den Kapitalzweck klammern? Ist es nicht ein Schlag ins Gesicht unserer Zivilisation? Unser sämtliches Bemühen, der kapitalistischen Reproduktion ein menschliches Antlitz zu geben, stellen sie rüde in Frage.“ (*Streitschriften*, Freiburg 1993) Die Haider-Partei wirbt ständig mit diesem

menschlichen Antlitz – „einfach menschlich“ stand auf den meisten ihrer Plakate wie mit einem Stempel gedruckt; und die Lage ist eben bereits so zugespitzt, daß schon ein Kopftuch genügt, dieses imaginäre Antlitz in Frage zu stellen. Darum läuft die ganze Argumentation mit „SOS-Mitmensch“ und „Demokratischer Offensive“ leer, soweit sie sich nicht mit Haider's „Vermenschlichung des Staats“ und „direkter Demokratie“ auseinandersetzt.

Während aber einerseits die „Ausländer“ den Staatsbürgern die massenhafte 'Entwurzelung', Enteignung und Defunktionalisierung durch kapitalistische Verhältnisse vor Augen führen und das menschliche Antlitz des Staates gefährden, verkörpern andererseits „die Juden“ demselben nationalen Bewußtsein – sei's nun ein deutsch-nationales oder ein österreich-nationales – eben genau jene Macht, die 'entwurzelt', enteignet und defunktionalisiert. So ist der Ausländerhaß im Innersten notwendig mit Antisemitismus verbunden, wie eben auch das Lob der NS-Beschäftigungspolitik die Zustimmung zur Judenvernichtung stillschweigend voraussetzt.

Die permanenten Attacken auf „die Politiker“ und die Bürokratie, die Reduktion aller ökonomischen Probleme einschließlich Arbeitslosigkeit auf die Steuerlast, die von der „arbeitenden Bevölkerung“ getragen werde, entspricht präzise einer antisemitischen Projektion, die im Inneren der FPÖ und im Bewußtsein ihrer Anhänger lauert: die Steuern sind nur der Ausdruck der hohen Zinsen, und die Politiker nur die Handlanger der Spekulanten auf den Finanzmärkten. Anders als im Falle des 'gewöhnlichen' Rassismus gegen „Ausländer“ wird hier allerdings kaum ausgesprochen, wer konkret gemeint ist. Manchmal wird von „Freimaurern“ geredet. So beschuldigte Haider mehrfach Vranitzky, „außerösterreichische Aufträge“ zu erfüllen: „Vranitzky ist ein Bilderberger – ich weiß, daß die Freimaurer da vieles anschaffen.“ (*Kurier*, 21.6.1995) Im Gegensatz zu den „Wirtschaftsflüchtlings“, die man offen attackieren darf, bleibt dort, wo es um die 'internationalen Drahtzieher' geht, um „gewisse Kräfte im Ausland“, vieles im Dunkeln und Zweideutigen. Ohne ein antisemitisches Wort zu sagen, fördert Haider überall den Antisemitismus – das ist seine gespenstische Kunst. Sie funktioniert nur, weil er seinen Anhängern so unglaublich nahe ist. Wie mit einem Augenzwinkern verständigt man sich über das Unsagbare, die Intimität aber ist selbst ein Effekt der gemeinsam gehüteten Vergangenheit: Vernichtungskrieg und Massensmord an den Juden.

Da Haider bisher nur auf regionaler, nicht aber auf nationaler Ebene die 'Macht ergriffen' hat, konnte er dabei selbst die 'reine Unschuld' des besseren, des 'menschlicheren' Staats (menschlicher im obengenannten rassistischen Sinn) spielen und als solche die 'Schuldigen' ver-

folgen, jene also, die sich auf Regierungsebene immer wieder als 'fremdbestimmt' und 'unmenschlich' erweisen, weil sie nicht-nationalen Imperativen Rechnung tragen müssen. Gerade diese 'jungfräuliche' nationale Attitüde ließ ihn bisher als Prototyp eines neuen Nationalismus im zukünftigen geeinten Europa erscheinen – eines Nationalismus ohne Nation. Und der Rückzug nach Kärnten, den er eben angetreten hat, indem er den Posten des Parteibürochefs aufgab, liegt ganz auf dieser Linie.

Franz Schandl:

I Konterpart oder Komparativ?

Das internationale Engagement gegen Haider und die Freiheitlichen hat einen fahlen Beigeschmack. Man hat bisweilen das Gefühl, als sei Haider eine negative Projektion, um von sich selbst abzulenken. Haider ist auch die Chiffre für ein Täuschungsmanöver, in dem die Festung Europa in Abgrenzung zu einem rechten Belzebub ihre eigene restriktive Politik in einem guten Licht erscheinen lassen will. Man will sich partout nicht an ihm erkennen.

Wenn Haider betont, seine Ausländerpolitik unterscheidet sich nicht von der eines Blair oder Schily, er liege hier ganz auf der Linie der französischen Gaullisten, dann mag das demagogisch klingen, schwerer wiegt aber, daß das im Kern wahr ist. Was also stattfindet, ist eine billige Stigmatisierung. Natürlich ist es richtig, wenn etwa Simon Peres von der Gefahr spricht, daß „Jörg Haider und andere Rassisten“ an der Regierung beteiligt werden, aber gleichzeitig suggeriert diese Formulierung doch auch, daß bisherige Regierungen ganz ohne Ausländerfeindlichkeit ausgekommen sind, daß diese Gefahr primär durch Haider besteht oder gar verursacht wird. Dem kann nicht zugestimmt werden. Diese Sicht zeichnet eine gar idyllische Vorstellung der Politik von SPÖ und ÖVP und ihrem biederem Wahlvolk.

Man denke nur an die restriktiven Ausländergesetze der alten SPÖVP-Koalition, die teilweise sogar von Haider als „Übernahme unserer Forderungen“ honoriert wurden. Oder wie benennt man etwa, daß das sozialdemokratisch geführte Wien an Ausländer keine Gemeindewohnungen vermietet? Ein Verhalten, das von Bürgermeister Michael Häupl entschieden verteidigt wird. Das wollen die Leute nicht, sagt er. Gemeindewohnungen bleiben somit ausländerfrei.

Die Gegenüberstellung: Hier die guten Demokraten, dort die bösen Rassisten, ist irreführend. Sie sieht Trennungslinien, wo gerade eine volksgemeinschaftliche Verbundenheit der Inländer vorherrscht. Vergessen wir auch nicht, daß selbst in Meinungsumfragen mehr als die Hälfte der Österreicher sich offen als Rassisten bekennen. Das meinen sie ernst.

Haider ist wie er ist. Doch sind seine europäischen Gegner wesentlich anders? Sie jedenfalls sehen es so, er ist ihnen Konterpart und nicht Komparativ. Was Haider von den etablierten Demokraten in Europa unterscheidet, ist zweifelsfrei das Quantum an Demagogie, Hetze und Xenophobie. Diese Differenz gilt es selbstverständlich zu berücksichtigen, man sollte aus ihr aber keinen Popanz machen. Es ist der gleiche Bottich. Gemessen an ihrer Realpolitik paßt Haider gut zu ihnen und ihrem Schengenland. Er spitzt zu, was sie vorhaben.

Was sie an Haider sehen, wollen sie an anderen und vor allem an sich selbst nie und nimmer ausmachen. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die EU-Vorderen Haider verhindern wollen, weil sie Angst davor haben, daß er sich zum aufrechtesten Verfechter ihrer Festungspläne macht und daher den Charakter ihrer Gemeinschaft extrem verdeutlicht. Die Auseinandersetzung mit Haider ist mehr formeller als substantieller Natur.

Aufzupassen gilt es, daß die Emotionalisierung gegen schwarz-blau aber nicht zu Fehlschaltungen und Kurzschlüssen führt. Haider erntet in Österreich, was die postfordistische Ökonomie und ihre neoliberale Ideologie in Europa gesät haben. Deswegen müssen diese ganz prinzipiell bekämpft werden. Nicht rassistische und antirassistische Politik stehen sich da gegenüber, Haider spielt die kapitalistische Aggression aber auf einem höheren Level in einem bestimmbareren Staat. Deswegen gilt es im Spezifischen entschieden gegen ihn aufzutreten.

Die Europäische Union ist nicht der Hort der demokratischen Wohltäter, aber auch Österreich ist nicht der Ort der armen Opfer. Die Heuchelei vieler in- und ausländischer Haider-Gegner darf nicht umgekehrt dazu führen, irgendwie in den Geruch zu kommen, das offizielle Österreich oder gar Haider gegen die Attacken von internationaler Seite zu verteidigen. Diese anzugreifen bedeutet nicht jene in Schutz zu nehmen. Vice versa.

Aus der Betonung der substantiellen Identität der Haideri mit der demokratisch-etablierten Politik im Schengenland folgt aber keineswegs eine Äquidistanz. Was sich auch ganz praktisch darin ausdrückt, daß es möglich und sinnvoll ist, gemeinsam mit den obligaten Demokraten gegen Haider zu demonstrieren (soweit man seine eigenen Vorstellungen einbringen kann), nicht aber mit den extremen Demokraten a la Haider gegen die Europäische Union oder die alte Koalition in Österreich.

Was nach den internationalen Protesten in den Meinungsumfragen gesunken ist, ist nicht die Zustimmung zu den Freiheitlichen, sondern die Deklarationsbereitschaft. Was jene zumindest unmittelbar verhinderten, das war das zu erwartende massenhafte Coming-Out freiheitlicher Subjekte in Ökonomie, Medien und Kultur

nach der Regierungsübernahme. Ähnliches, was wir in Ansätzen das letzte Frühjahr nach dem Kärntner Erdbeben erlebten. Die Sirenen wurden sozusagen übertönt, aber keineswegs ausgeschaltet. Sieht man sich die Leserbriefseiten von der *Presse* bis zur *Krone* an, dann muß man konstatieren: Nichts hat sich verändert, die Unbelehrbaren belehren dort weiter – jetzt erst recht.

Jedes Eingreifen muß sich auch an seinen Resultaten messen lassen. Gelänge es den EU-14 Haider aus der Regierung zu bugsieren und einen Bruch mit der ÖVP herbeizuführen, stünden Neuwahlen auf der Tagesordnung, bei denen ein wahrhaft nationalistischer Treibhauseffekt Haider wohl an die 40 Prozent pushen könnte. Zweierkoalitionen wären sodann überhaupt nur noch mit der FPÖ möglich. Haider wäre damit nicht ausgestanden, sondern geradezu nach vorne katapultiert.

II Antifaschismus ohne Antikapitalismus

Praktische Aufgabe einer entschiedenen Opposition muß es sein, die Haider-Bewegung zum Kollabieren zu bringen, nicht zum Explodieren. Gerade hier ist es wichtig, die *Zweifelhaftigkeit von Theorie und Praxis* herauszustreichen. Bedeutet erstere auf inhaltliche Polarisierung zu setzen, so letztere eine Strategie der Zersetzung und Auflösung zu entwickeln. Beides ist notwendig, aber nicht identisch bzw. bloße Übersetzung von Theorie in Praxis oder umgekehrt. Damit ist freilich erst die Aufgabe formuliert, nicht der adäquate Einsatz der Mittel schon projektiert. Ohne fundierte Analyse ist die regressive Tendenz in der Gesellschaft nicht aufzuhalten – aber keine noch so adäquate Kritik wird sie alleine aufhalten können. Die Voraussetzung ersetzt die Bedingung nicht!

Das Betätigungsfeld ist jedenfalls abgesteckt. Die Frage, was denn eine emanzipatorische Praxis ist, vor allem auch, woran diese im gesellschaftlichen Prozeß anknüpfen kann – und kann sie das nicht, sieht es ziemlich finster aus, nicht nur in Österreich –, die stellt sich mit aller Aufdringlichkeit, auch und gerade für die Theoretiker. „Die Gescheiten haben es den Barbaren überall leicht gemacht, weil sie so dumm sind“, schreiben Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der „Dialektik der Aufklärung“. (Frankfurt am Main 1971, S. 187) Zweifellos.

Die Zeiten sind kurzlebig, und doch gilt es bei allem Hasten Rückschau zu halten, sich nicht ausschließlich auf die Unmittelbarkeit des Geschehens zu konzentrieren oder gar zu verlassen. Die eben ablaufenden Ereignisse und ihre kulturindustrielle Verarbeitung erinnern stark an die Jahre um 1990, als Haider von einem Erfolg zum nächsten eilte, gleichzeitig aber medial stets sein Ende herbeigeredet wurde. („Der Lack ist ab“ etc.) Was dazumals als innerösterreichische Inszenierung Haider aufschaukelte, das läuft jetzt auf europäischer

Ebene ab. Die Mechanismen sind ganz ähnlich. Während die Erregung in ihr selbst verbleibt und damit abflaut, plant der zurückgetretene Haider die Ausweitung des freiheitlichen Projekts nach Deutschland und in die EU.

Die kategorische Weigerung, den Haider-Diskurs als Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu verinhalten, läuft parallel mit der platten Wiederauferstehung antifaschistischer Terminologie, so als sei in ihrer demokratisch-domestizierten Form nichts unproblematischer als sie. Ihre analytische Kraft sollte zumindest in Tagen einer späten Scheinblüte in Frage gestellt werden dürfen. Es ist schon eine groteske Situation: Über Haider reden, heißt nicht nur vom Kapitalismus zu schweigen, nein im Gegenteil, es gilt seine Wertegemeinschaft einzufordern und zu beschwören. Die demokratischen Rituale und Selbstvergewisserungen feiern Hochzeit, als sei Haider nicht ihr hochprozentiger Bräutigam.

III Zurücktreten als zurücktreten

Daß der F-Führer nun tatsächlich vom Parteivorsitz zurückgetreten ist, kann übrigens nur jene überraschen, die Haider nicht kennen. Schon bisher malträtierte der F-Führer seine Partei mit Drohungen, die bis hin zum Austritt reichten. Das gesamte Register politischer Erpressungen, die ganze Palette taktischer Finnen, niemand beherrscht das so perfekt wie Jörg Haider. Das Publikum soll vom Staunen sich gar nicht erst erholen. Keine Geschichte, die er nicht covergerecht zu verkaufen versteht. Was zählt, ist das inszenierte Ereignis. Sein Abtritt, der keiner ist, beschert der FPÖ einen zusätzlichen Auftritt. Haiders Tempo ist das des kulturindustriellen Atmens. Sie hecheln gemeinsam, das erzeugt Synergie, selbst dort, wo es keine Synchronität gibt.

Der Grund der Maßnahme liegt vielmehr darin, zur Regierung auf Distanz gehen zu können. Haider will sich das anschauen, und je nach Gutdünken intervenieren. Die FPÖ bleibt in der Regierung, aber Haider geht in Opposition. Es ist kein Schwächezeichen, sondern ein Manöver, um sich vor allem aus der internationalen Schußlinie zu bringen. Niemand soll sich aber einbilden, es sei der ausländische Druck gewesen, der Haider zum Verzicht drängte. Worauf er verzichtet, ist eine statutarische Bezeichnung, damit hat es sich aber auch schon. Dieser Rücktritt ist alles andere als ein Rückzug.

Er hat bloß umdisponiert. Je nach Stimmung kann er nun die Regierung stützen oder stürzen. Schließlich, und das sagt er auch, will er Kanzler werden. Zurückgetreten ist er, damit er endlich wieder ordentlich zurücktreten kann, ganz wie es seine Methode ist, und wie es die Seinen brauchen: „Der Jörg, der traut sich was...“. Rücksicht wird er nur dann nehmen, wenn diese günstiger ist als die Rücksichtslosigkeit. Darauf kann man Gift nehmen. ■

Appellatives zur Problematik emanzipatorischer Kommunikation

von Franz Schandl

Bei nachfolgendem Text handelt es sich um ein Diskussionspapier des Autors, worin dieser in pointierter Form seine Position darzulegen versucht.

Wie kommuniziert man, ohne einerseits zu bevormunden, aber andererseits auch nicht den unmittelbaren Stimmungen hinterherzulaufen. Wir wissen es nicht so genau, aber wir sehen es als ein wichtiges Problem an. Nimmt man die steigenden Bestellungen – im letzten Quartal waren es fast 70 – so dürfte uns das nicht so schlecht gelingen. Zumindest besteht Bereitschaft und Interesse, sich die *Streifzüge* zuzulegen, und sich in ihren Bleiwüsten zu orientieren.

Noch schwieriger ist das, wenn sich das Bezugsfeld plötzlich ausweitet. Namentlich findet die eben entstandene Bewegung gegen blauschwarz unsererseits Unterstützung und Achtung. Die Beharrlichkeit der Akteure, die Vielfalt der Aktionen, das verdient nicht nur Respekt, sondern macht durchaus Sinn und Spaß. Mitmachen ist angesagt. Die Quantität freilich ist keine Qualität an sich. Bewegungen bewegen sich nur, wenn sie nicht zu Stillstand kommen. Was Bewegungen hervorbringt, ist nicht identisch mit dem, was sie am Leben erhält. Herausforderungen verändern sich mit der Dauer.

Dabeisein ist nicht alles. Der Protest trägt vielfach auch Züge, die uns alles andere als schmecken. Dort, wo die Normalität gegen die Stinknormalität mobilisiert, dort, wo Martialität Radikalität ersetzt, dort, wo eine antike Linke gegen eine postmoderne Rechte auftritt, dort, wo der gutmenschliche Demokratismus alle eingemeinden und einschränken will, dort, wo die Phrase den Gedanken substituiert, dort, wo jene, die von Haider sprechen, von Kapital und Markt schweigen, dort ist ganz entschieden Kritik anzumelden. Niemand soll sagen können, es sei nicht gesagt worden.

Bewegungen haben meist ein schlechtes Gedächtnis, eben auch weil sie nicht unmittelbar an etwas Vorgegebenes anschließen wollen und anknüpfen können. Gerade deswegen gilt es, sich einiges in Erfahrung zu rufen. Erinnern wir nur an das traurige Schicksal der Ökologiebewegung, die 1984 in Hainburg sich rot-weiß-rot einfärbte, die Fahnen schwenkte und die Bundeshymne sang, sich den Biologen Konrad Lorenz zur Leitfigur machte, kurzum von mystischen Schwüren

bis zum hündischen Promikult alles draufhatte, was schlecht und falsch war. Schlußendlich ist sie zu einer profillosen Stoßtruppe der *Kronen-Zeitung* degradiert worden. Diese peinliche Rolle spielen ihre Reste noch heute. Mehr als ein Reservoir für den „ökosozialen“ Markt, die grüne Partei oder NGO-Konzerne ist dort zur Zeit nicht zu erkennen.

Die Bewegung ist einiges, aber sie ist nicht alles. Vor allem gilt es aufzupassen, Kritik und Analyse nicht durch Euphorie und Aktionismus abzulösen. Womit nicht gemeint ist, daß wir diese geringschätzen: Praxis ist uns nicht fremd, fremd ist uns nur der unentwegte Praktizismus, der davon ausgeht, daß es schon reicht, wenn sich etwas tut. Der Weg vom aufmüpfigen Demonstranten zum biederem Demokraten ist immerhin der obligate. Die Bewegten seien ausdrücklich an diese ihre mögliche Zukunft erinnert.

Den „ewigen Kreislauf“ von Repulsion und Attraktion, den alle Bewegungen seit der Aufklärung durchlaufen haben und somit sich a posteriori als bürgerliche Modernisierungsbewegungen entpuppten, den gilt es zu durchbrechen. Was auf praktischem Terrain zur Zeit völlig ausgeschlossen ist, muß als theoretischer Querschläger doch Verwirrung stiften und für Aufmerksamkeit sorgen. Alles was hingegen nach populistischem Fanclub riecht, wollen wir stören. So ungefähr könnte man unsere Vorhaben betreffend Wirkungen über den engen Kreis hinaus benennen.

Antipolitik

Wir jedenfalls wollen die Bewegung *nicht politisieren* und ihr auch zu keiner Politisierung gratulieren. Im Gegenteil, die Kategorien des Politischen (Politik, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, Freiheit) sollen nicht affirmative Größen bleiben, sondern zu kritischen Kategorien werden. Erste Erfolge sind dann errungen, wenn solche abwegige Gedanken zumindest bedenkenswert erscheinen, von einer billigen Attributisierung („andere Politik“, „wahre Demokratie“ oder gar „linker Patriotismus“) Abstand genommen wird. Die verwandten Worte sagen mehr über die Verwandtschaft aus,

als die Nachsager nämlich denken. Jene sind Matrizen ideologischer Integration.

Die *Politikverdrossenheit* schätzen wir nicht unbedingt gering: Warum zum Teufel sollen die Leute nicht verdrossen sein? Das ist doch das Mindeste, was man sein soll. Nicht die Verdrossenheit macht uns Sorgen, sondern die Beschaffenheit derselben, und zwar weil sie ebenfalls über Aversion und Ressentiment des gemeinen Menschenverstands nicht hinauskommt, und daher allzuleicht in trübes, ja offen reaktionäres Fahrwasser gerät. Vielmehr meinen wir, daß es diese Verdrossenheit zu *verinhaltlichen* gilt.

Wer die Verdrossenheit durch den Glauben an die Politik ersetzen will, will – ob bewußt oder unbewußt – dorthin führen, wo sich die emanzipatorischen Möglichkeiten erschöpft haben. Den Fetischen dienen wir – schließlich können wir uns aus dem bürgerlichen Leben der Geldmonaden und Staatsbürger nicht ausschließen – nur unter Zwang, diese alltägliche Einsicht in die Notwendigkeit verkaufen wir nicht gleich Hegel als Freiheit.

Von Repolitisierung kann nur reden, wem Politik als Form nicht prekär ist. Politik erscheint gerade als der Imperativ der Selbstbestimmung, als das sich zwar wandelnde, aber doch ewige formlos-unbestimmte und mit allerlei zu füllende Wollen hin zur Freiheit. Ein Wollen, das nur bezweckt werden muß. Politik als eine ahistorische Größe wird so zu einer *eigentlichen* Bestimmung des Daseins. Daß Politik oder Demokratie bestimmte und bestimmbare Formen der Gesellschaftlichkeit darstellen und so möglicherweise strukturelle Schranken haben könnten, hat sich noch nicht herumgesprochen.

Wer die Bewegung politisieren will, will sie strangulieren, das heißt in die gegebene Ordnung zwingen, sie nützlich machen für die gemäßigt-liberalen Varianten von Staat und Standort gegen die extrem-liberalen von Rasse und Nation. Dort, wo ein taktisches Zusammengehen mit ersteren zu einem prinzipiellen Bekenntnis wird, ist Gefahr im Verzug.

Wenn wie viele andere die linksdemokratische Philosophin Chantal Mouffe im Kinderkurier zu einem „linken Patriotismus“ aufruft,

dann wird uns speiübel: „Ich weiß, dass Patriotismus aus linker Perspektive normalerweise mit Skepsis betrachtet wird. Aber der Patriotismus ist eine zu mächtige Kraft, um kollektive Identitäten zu mobilisieren, als dass man ihn der Rechten überlassen sollte.“ (*Falter* 9/00) Der Nationalismus – Patriotismus ist nur sein Kosenamen! – tritt auf als quasinatürliche Größe, er kann gar nicht erst bekämpft, sondern nur noch übernommen werden. Mit der gleichen Begründung könnte man ebenso offen den Rassismus vertreten.

Anstatt es in seiner demokratischen Gemeinheit zu dechiffrieren, vollzieht Mouffe hier auf theoretischer Ebene nur nach, was sowieso geschieht. Dafür wettet sie andernorts gegen Leute, die die liberalen Ideen denunzieren, um jene ihrerseits des Totalitarismus zu verdächtigen. Wahrlich, wir sind jene, vor denen Chantal Mouffe warnt. Und wir sind auch umgekehrt jene, die ganz entschieden vor der Mouffe und der ganzen zivilgesellschaftlich domestizierten Linken warnen.

Volk und Dummheit

Gefährlich für die Entwicklung des Charakters der Bewegung sind weniger ÖVP und FPÖ – die „dienen“ sogar als negativer Motor –, sondern jene linksdemokratischen Kräfte in Politik, Medium und Kultur, kurzum die oppositionellen und/oder alternativen Integrationsmaschinen des Staates. SPÖ, Grüne, SOS-Mitmensch und „Demokratische Offensive“ (der Name sagt alles, er könnte direkt von Haider stammen!) mobilisieren für das, was Haider hervorgebracht hat: Staat und Demokratie, Markt und Zivilgesellschaft. Vergessen wir weiters nicht, daß ein nicht unbeachtlicher Teil der Bewegungsmentoren im letzten Frühjahr freudig Jugoslawien bombardierte oder zumindest schwieg. Das ist zwar unsachlich und alles andere als ein konstruktiver Einwand, muß aber genau deswegen gesagt werden.

„Die Dummen werden von der Politik angezogen, weil diese einen Machtgenuß verspricht, deren Verlockung uns unverständlich bleibt“, sagt Günther Anders. Wir bekämpfen aber nicht vorrangig die Dummen, sondern die *Dummheit*. Das trifft auch auf die sogenannten Gutmenschen zu. Nicht ihr Gutsein stört, sondern wie sie es wollen, was sie anstellen, und vor allem wie wenig sie sich dabei

denken. Das schließt Freundlichkeit nicht aus, geht es doch darum, die Überträger dieser Fehlbotschaften nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern in ebendiesen etwas reinzubringen.

Dort, wo die bürgerlichen Werte gegen die bürgerliche Realität mobilisieren, sind wir jedenfalls nicht dabei, sondern dagegen. Unsere Radikalität erschöpft sich nicht im Einfordern staatsbürgerlicher Tugenden. Es gilt also etwas anderes als Politik, Nation, Staat, Recht, Demokratie, Markt etc. zu wollen. Das erschreckt? Uns erschreckt vielmehr die Realisierung all dieser Formprinzipien, die allgemeine Destruktivität des Kapitals und all seiner Werte. Neuerdings bezeichnet das sich selbst als *Wertegemeinschaft* und verrät damit mehr als erkannt wird: Jawohl, es ist die Gemeinschaft des *Werts*, die hier mobil macht, koste es was es wolle. Zu widerhandlung soll sanktioniert werden.

Wir stehen nicht für eine andere Politik, sondern für etwas anderes als Politik. Wir lassen uns nicht in die allgemeine Pflicht nehmen, mag es auch totaler Konsens sein, an Markt und Politik zu glauben. Wir sind nicht die linksradikale Flanke der Demokratie. Die Desillusionierung alternativer Politikkonzepte kann nicht weit genug getrieben werden. Selbstbestimmung kann es erst dort geben, wo die Desillusionierung gegriffen hat. Das ist der Moment, wo die Monade das erste Fenster öffnet. Wir sind die Vertreter der frischen Luft.

Unerträglich sind ekelhafte Parolen wie „Wir sind das Volk“ oder auch „Wir sind Europa“. Wer für die Menschen ist, sollte gegen das Volk sein. Im Alpen- wie im Schengenland. Weil wir die Menschen mögen wollen, tun wir uns schwer mit jenen, die sich in gemeiner Manier als Inländer vor- und ausweisen, um die Ausländer zurück- und auszuweisen. Derweil würde die Abschaffung des Inländers das sogenannte Ausländerproblem gleich miterledigen. Gibt es jene nicht, sind auch diese nicht mehr.

Wer für Markt und Demokratie ist, ist für Rassismus. Wir sind nicht nur *antirassistisch*, sondern gerade deswegen *antiliberal*. Auch wenn wir nicht alle Nationalismen gleichsetzen wollen, sind wir doch entschiedene Gegner jedes Patriotismus. Gerade hier, wo seine übelste Sorte gezüchtet worden ist. Wir sind daher auch nicht das *andere Österreich*, wir sind (für) etwas anderes als Österreich!



Aus unserem Verlagsprogramm

Johannes Agnoli

Gesammelte Schriften

Transformation der Demokratie
und andere Schriften zur Kritik der Politik
1990 • 220 Seiten • 25 DM

Der Staat des Kapitals

und weitere Schriften zur Kritik der Politik
1995 • 240 Seiten • 30 DM

Faschismus ohne Revision

1997 • 177 Seiten • 30 DM

1968 und die Folgen

1998 • 275 Seiten • 30 DM

Subversive Theorie

„Die Sache selbst“ und ihre Geschichte
1999 (2. Aufl.) • 260 Seiten • 30 DM

Bruhn / Dahmann / Nachtmann
(Hg.)

Geduld und Ironie

Johannes Agnoli zum 70. Geburtstag
1995 • 196 Seiten • 30 DM

Kritik der Politik

Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag
Frühjahr 2000 • ca. 400 Seiten • ca. 44 DM

Diethard Behrens (Hg.)

Geschichtsphilosophie
oder das Begreifen der Historizität
1999 • 196 Seiten • 35 DM

Ulrich Enderwitz

**Die Sexualisierung
der Geschlechter**

Eine Übung in negativer Anthropologie
1999 • 240 Seiten • 28 DM

Tjark Kunstreich

Ein deutscher Krieg

Über die Befreiung der
Nation von Auschwitz
1999 • 88 Seiten • 12 DM

Gerhard Scheit

**Verborgener Staat,
lebendiges Geld**

Zur Dramaturgie des Antisemitismus
1999 • 580 Seiten • 58 DM

VHS-Kurs mit Stephan Grigat: Einführung in die Globalisierungsdebatte

Globalisierung, Neoliberalismus, Deregulierung und Internationalisierung sind Begriffe, die die politische und gesellschaftliche Diskussion der letzten Jahre nachhaltig geprägt haben. Was verbirgt sich hinter solchen Schlagwörtern? In dem Kurs soll erläutert werden, was unter Globalisierung zu verstehen ist. Zudem wird über alternative Entwicklungsmöglichkeiten zu diskutieren sein.

28. April bis 26. Mai 2000, Freitag, 17.30 bis 19.30 • Kursbeitrag 100,- ÖS

Anmeldungen (nach Möglichkeit bis 21. April) an die VHS Meidling, Längenfeldgasse 13 - 15,
1120 Wien, Tel.: 810 80 67, Fax: 810 80 68-76110, E-mail: office@meidling.vhs.at

verlag der
initiative sozialistisches forum
c/o institut für sozialkritik freiburg e.v.

postfach 273 • 79002 freiburg
tel.: 0761 / 379 39 • fax: 379 49
eMail: isf-e.v@t-online.de
www.isf-freiburg.org

Was bleibt von Agnolis Kritik der Politik?

Stark gekürzte und leicht überarbeitete Fassung eines Beitrags für die Anfang April erscheinende Festschrift zu Agnolis 75. Geburtstag. (Bruhn, Joachim/ Dahlmann, Manfred/ Nachtmann, Clemens (Hg.): Kritik der Politik. Freiburg 2000)

von Stephan Grigat

In seiner „Subversiven Theorie“ versucht Agnoli von den antiken und christlichen Mythen über das Mittelalter bis zur Neuzeit die Geschichte der theoretisch-intellektuellen und der praktischen Subversion nachzuzeichnen. Bei seinem Streifzug durch die Philosophiegeschichte lassen sich immer wieder die Grundzüge seiner Kritik der Politik, wie er sie über Jahre in seinen bekannteren Texten entwickelt hat, erkennen. Wenn es zum Wesen der Subversion gehört, daß der Mensch sich dagegen wendet, immer nur Gegenstand, reines Objekt zu sein, so müßte sich die Subversion auch gegen die Politik richten, denn in ihr ist der Mensch „nie Mittelpunkt der Politik (wie die Parteien sagen), sondern er ist ein Mittel der Politik – etwa im Wahlakt als bloßes Mittel der Machtverteilung der Parteien untereinander“. ¹ Gegen die Institutionalisierung der Subversion setzt Agnoli seine prinzipielle Parlamentarismuskritik. Am Beispiel der „Anti-Institution“ des römischen Volkstribunats legt er dar, daß Macht nicht dann wirksam kontrolliert und schon gar nicht sabotiert werden kann, wenn sich die Subversion auf die Institutionen der Macht einläßt, sondern nur dann, „wenn die Vernunft auf der Straße in Permanenz tagt“. ² Als Konsequenz aus dieser Kritik der Politik geht es Agnoli auch perspektivisch gesehen nicht, wie wir es heute aus den Debatten über die Globalisierung zur Genüge kennen, um eine Rettung der Politik oder um eine Verteidigung der politischen Sphäre gegen die ökonomische, sondern schlicht um die Abschaffung der Politik. Gegen die Gleichsetzung von Politik und Öffentlichkeit im bürgerlichen Bewußtsein hält er an der Marx-schen Kommunismusvorstellung fest: „eine Öffentlichkeit ohne politischen Charakter, das heißt eine Öffentlichkeit ohne Herrschaftsstrukturen“. ³

Demokratie- und Staatskritik

Politik als Instrument der Herrschaft zu begreifen hat in der Linken eine lange Tradition. Die politischen Machtmittel, allen voran das Gewaltmonopol des Staates, wurden als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse interpretiert. Die Aufrechterhaltung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen

Macht des Bürgertums wurde zwar als Wesen der bürgerlichen Politik angesehen, aber nicht als das Wesen von Politik überhaupt. In der Regel wurde davon ausgegangen, Politik sei etwas Neutrales, erst mit Inhalten zu Füllendes, das von den Herrschenden nur für ihre Zwecke instrumentalisiert wird. Die traditionelle Linke leistete nur eine Kritik der bürgerlichen Politik, nicht der Politik überhaupt. Agnoli stellte diesbezüglich eine der wenigen Ausnahmen dar. Er hat sich schon früh einer allgemeinen Kritik der Politik – eine Begrifflichkeit, die sich schon beim jungen Marx findet, aber im Marxismus keine große Beachtung gefunden hat – zugewendet. Seine „Transformation der Demokratie“ gilt als einer der einflußreichsten Texte der Außerparlamentarischen Opposition in der BRD und auch in Österreich. Damals wurde Agnoli nicht nur in der linken Bewegung und im links-akademischen Bereich zur Kenntnis genommen, sondern ebenso in etablierten und staatstragenden Publikationen. Heute hingegen werden seine Überlegungen in der etablierten wissenschaftlichen Literatur kaum mehr rezipiert. Nimmt man sich ihrer doch noch einmal an, so werden sie bestenfalls als „Produkte ihrer Zeit“ und schlimmstenfalls als „linksfaschistisch“ abqualifiziert. Daß auch die Mehrzahl der ehemaligen 68er von Agnoli nichts mehr hören wollen, ist dabei nur allzu verständlich. Hätten sie seine Demokratie-, Staats- und Institutionenkritik ernst genommen, hätten sie weder den von ihnen so geliebten Marsch durch die Institutionen antreten noch sich massenhaft und voller Enthusiasmus am Projekt der grünen Parteien beteiligen können.

Das Parlament ist für Agnoli eine spezielle Form der Repräsentation von Herrschaft, die mittels des Wahlaktes die Illusion der Selbstbestimmung der Beherrschten aufrechterhält. Zur Wahrnehmung dieser Funktion bedarf es der Präsenz der tatsächlichen gesellschaftlichen Macht im Parlament, nicht aber unbedingt der tatsächlichen Macht des Parlaments. Das Parlament spielt bei der Transformation von Herrschaftskonflikten in Führungskonflikte eine entscheidende Rolle. Der Herrschaftskonflikt findet zwischen zwei antagonistischen Gruppen statt, die sich ausschließende Ziele verfol-

gen. Agnoli hat hierbei in erster Linie den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital im Auge, der für ihn – in diesem Punkt eher einem traditionalistischen Marx-Verständnis folgend – in seiner ursprünglichen Konstitution einen über das System hinausweisenden Widerspruch darstellt. Ein Führungskonflikt hingegen wird systemimmanent ausgetragen. Es handelt sich um die Konkurrenz verschiedener Führungseliten. Ein wesentliches Element der Transformation der Demokratie in einen autoritären Staat rechtsstaatlichen Typs ist also die Transformation des aus dem Widerspruch von Arbeit und Kapital entstehenden Herrschaftskonflikts in einen Führungskonflikt, bei dem es inhaltlich nur mehr um die Konkurrenz um die beste Betreuung des Widerspruchs von Kapital und Arbeit geht.

Den Wahlakt analysiert Agnoli in unmittelbarer Anlehnung an die Kategorien aus der Werttheorie. Die Wähler und Wählerinnen sehen sich selbst als bewußte Verbraucher und Verbraucherinnen von auf dem Markt angebotenen politischen Gütern, „die von den Konsumenten selbst als Gebrauchswerte verstanden werden, während in Wirklichkeit diese Güter durchaus reale Tauschwerte darstellen. Sie werden auf dem Machtmarkt als Tauschwerte realisiert, um die in den Wahlkampf investierte politische Machtposition profitabel zu machen.“ ⁴ Die Wahl des Parlaments ist zentrales Moment der Legitimation von Herrschaft. Mit der Vollziehung des Wahlaktes akzeptieren die Wählerinnen und Wähler die Herrschaft über sich, weil sie der Illusion nachhängen, sie gegebenenfalls auf selbem Wege abschaffen zu können.

Agnoli grenzt sich bei seiner Staatskritik sowohl von Vorstellungen ab, die den Staat im modernen Kapitalismus als allumfassenden Organisator sehen, der selber die Kapitalfunktionen unmittelbar wahrnimmt, als auch von Theorien, die dem Staat keinerlei autonomes Handeln zugestehen. Er bricht mit dem dogmatisch gesetzten und interpretierten Basis-Überbau-Schema und verwehrt sich gegen eine Betrachtung des Staates als reines Überbau-Phänomen. Der Staat ist vielmehr „ganz fest in der gesellschaftlichen Basis (...) verhaftet.“ ⁵ Agnoli weist in diesem Kontext auf den Zusam-

menhang zwischen der theoretischen Einschätzung des Staates und der politischen Orientierung hin. Die Betrachtung des Staates als reines Überbau-Phänomen birgt, wie er am Beispiel der italienischen KP ausführt,⁶ die Gefahr reformistischer Orientierung bereits in sich.

Der Staat ist mehr als ein Erfüllungsgehilfe der Ökonomie. Agnoli hat nachdrücklich darauf verwiesen, daß der Staat im Kapitalismus nicht einfach der Staat der Kapitalisten ist, sondern der Staat des Kapitals, wobei das Kapital als ein gesellschaftliches Verhältnis und nicht als ein monolithischer Machtblock verstanden werden muß. Der Staat formiert die bürgerliche Klasse zu einer Einheit, die durch den Zirkulations- oder Produktionsprozeß nicht gegeben ist. Er setzt einerseits spezifische Klasseninteressen des Kapitals durch und gleicht widerstrebende Interessen zwischen einzelnen Kapitalfraktionen aus. Andererseits berücksichtigt er aber auch allgemeine, klassenübergreifende Interessen, faßt gesellschaftliche Widersprüche zusammen und geriert sich als Garant des Allgemeinwohls, weshalb er „als politisches System kein 'Agent' des Kapitals“⁷ ist.

Entsprechend seiner prinzipiellen Kritik an der Form Staat, die den „objektiven Zwangscharakter der Reproduktion“⁸ garantiert, wendet sich Agnoli gegen die Vorstellung der Möglichkeit einer Benutzung des Staates für sozialistische oder kommunistische Inhalte. Im auch heute noch von vielen Parteimarxisten und -marxistinnen propagierten Konzept einer staatlich organisierten Übergangsgesellschaft erkennt er das Problem, „daß (...) gerade der Staat, der den Übergang besorgen soll, zugleich von Anfang an beginnt abzusterben“.⁹ Agnoli kritisiert also nicht nur den bestehenden, als Demokratie organisierten Staat, sondern wendet sich gegen alle auf die Form Staat fixierten Emanzipationsansätze.

Er unterscheidet grundsätzlich zwischen einer fundamentalen Opposition und einer integrierten Opposition. Die integrierte Opposition, die das bestehende System konstruktiv mitgestalten möchte, geht in fast allen Fällen aus der fundamentalen Opposition hervor. Aber nicht nur die integrierte, sondern auch die Fundamentalopposition neigt dazu, die in der Gesellschaft vorgegebenen politischen Regeln zu akzeptieren. Es wird gehofft, durch die Akzeptanz dieser Regeln die Möglichkeit zu erhalten, die eigene radikale Kritik einer größeren Öffentlichkeit bekannt und plausibel machen zu können. Nach Agnoli wird dabei übersehen, daß die Kritik der politischen Regeln ursprünglich zum integralen Bestandteil der inhaltlichen Kritik jeder emanzipativen Fundamentalopposition gehörte. Mit der vermeintlich nur formalen Anpassung vollzieht sich demnach immer auch sogleich eine inhaltliche.

Das Unverständnis der Politikwissenschaft für Politikkritik

Agnoli ist aus naheliegenden Gründen stets auf Unverständnis und Kritik seitens der etablierteren Politikwissenschaft gestoßen. Johano Strasser, selbst längere Zeit in der Außerparlamentarischen Opposition aktiv, teilte zwar Agnolis Einschätzung, daß Wahlen in der bürgerlichen Demokratie die Funktion haben, „bestehende Herrschaft legitimatorisch abzusichern“¹⁰ und systemstabilisierend zu wirken, kann sich aber mit den Implikationen einer derartigen Einschätzung nicht wirklich anfreunden und spricht deshalb vom widersprüchlichen Charakter des Wahlaktes. Abermals muß das, was alle sich angewöhnt haben, Dialektik zu nennen, zur Legitimation einer reformistischen Strategie herhalten. Im Gegensatz zu Agnoli schwadroniert Strasser über die angeblich auch in den 70er Jahren weiterhin existente widersprüchliche Natur des Prinzips der allgemeinen, freien und geheimen Wahlen. Sie seien neben ihrer herrschaftslegitimatorischen Funktion zugleich die sinnvollste Möglichkeit, einen „dem kapitalistischen Interesse antagonistisch entgegenstehenden Mehrheitswillen“¹¹ zu artikulieren. Dabei gerät völlig außer acht, daß die massenhafte antikapitalistische Mobilisierung so lange kontrollierbar bleibt, wie sie sich in dem vorgegebenen Rahmen und in den angebotenen Institutionen bewegt. In solch einem Fall bleibt es bei der wieder integrierbaren *Manifestation* eines antikapitalistischen Interesses, das sich, wollte es tatsächlich zur Realisierung der Emanzipation schreiten, gerade außerhalb der für den entwickelten Kapitalismus adäquaten politischen Formen artikulieren müßte.

Strasser, damit beispielhaft für eine sich als links verstehende Politikwissenschaft, ging in seiner Verherrlichung des Staates soweit, daß er ihn zur „institutionellen Voraussetzung des Sozialismus“¹² erhob. Nicht nur die anarchistische Vorstellung von der spontanen Abschaffung des Staates sei idealistisch, sondern auch die Theorie vom Absterben des Staates würde „für sozialistische Politik ihre Relevanz verlieren“.¹³ Die Emanzipation von Ausbeutung und Unterdrückung soll demnach in der politischen Zwangsform Staat ihren höchsten Ausdruck finden.

Einer der häufigsten Vorwürfe, der gegen Agnolis radikale Kritik erhoben wurde, ist jener der Destruktivität. Einerseits beteiligt er sich nicht an der Suche nach alternativen politischen Formen zur besseren Verwaltung des Kapitalismus. Andererseits bietet er aber auch keine konkreten Alternativen für eine potentielle nachkapitalistische Gesellschaft an. Ganz im Gegenteil: sowohl die realsozialistische und parteikommunistische Vorstellung von einer vom Kapital emanzipierten Gesellschaft und von der zur Erlangung solch einer Gesellschaft notwendigen

Organisationen, als auch alternative linksradikale Organisationsformen erscheinen ihm kritikwürdig – auch wenn seine Sympathie für letztere außer Frage steht. Gerade diese negativistische Ausrichtung seiner Kritik, die allen linksalternativen Politikberatern verständlicher Weise ein Greuel war, machen seine Einwände gegen die herrschende Ordnung so brauchbar. Selbst Autoren, die sich kritisch mit linksradikaler Demokratiekritik auseinandergesetzt haben, mußten schon früh die Sinnlosigkeit der näheren Bestimmung einer Verwirklichung der Befreiung von Staat und Kapital zugestehen.¹⁴ So wie sich in der Kritik der politischen Ökonomie Sinn, Notwendigkeit und Möglichkeit der Abschaffung der Warenförmigkeit der menschlichen Arbeitsprodukte und damit auch von Geld und Kapital aus der Analyse der historischen Entstehung, der Funktion und der analytisch-logischen Ableitung von Wert, Geld und Kapital ergeben, so resultieren auch Sinn, Notwendigkeit und Möglichkeit der Abschaffung des Staates in der Kritik der Politik aus der Analyse der Politik, des Staates und seiner gegenwärtigen demokratischen Verfaßtheit und nicht aus einer *bis ins letzte Detail* konkret ausformulierten Utopie von einer herrschaftsfreien Assoziation freier Individuen. Eben diese Analyse hat sich Agnoli, der von sich selbst sagt, er sei „eines konstruktiven Denkens nicht fähig“,¹⁵ zur Aufgabe gemacht.

Diese sympathische Unfähigkeit zur Konstruktivität unterscheidet ihn von den Zivilgesellschaftsfanatikern von heute, die Ende der 80er Jahre der kapitalistischen Restaurierung und nationalistischen Mobilisierung im Osten ihren humanistischen Anstrich verpaßt haben, und die Agnolis Demokratie- und Staatskritik nur mehr im Vorwort abhandeln. Für Rödel, Frankenberg und Dubiel ist seine Theorie entgegen ihrem eigenen Anspruch dogmatisch marxistisch. Immanent lasse sie sich nicht kritisieren. Sie sei daher gegen jeden empirischen Gegenbeweis immunisiert: „Sowohl die Intensivierung staatlicher Herrschaft wie auch ihre rechtsstaatliche Regulierung, sowohl die Ausweitung liberaler Demokratie wie auch ihre Einschränkung – alles geschieht (nach Agnoli, Anm. S. G.) in der Absicht, den politisch-ökonomischen Status quo zu sichern.“¹⁶ Die Einwände gegen Agnoli liefern in diesem Fall ungewollt einen Hinweis auf die Richtigkeit der kritisierten Ausführungen. Früher mag es (vor allem bei den Jusos) noch den einen oder die andere gegeben haben, der oder die an eine systemüberwindende Kraft der geforderten, aber aus Gründen, die sich bei Agnoli finden lassen, nie verwirklichten demokratiepolitischen Reformen geglaubt hat. Inzwischen ist in westlichen Demokratien niemand mehr anzutreffen, der bei der Begründung seiner jeweiligen Forderungen, richten sie sich nun auf die Ein-

schränkung oder auf die Erweiterung der Demokratie, ernsthaft verlauten lassen würde, erziele auf den Umsturz des „politisch-ökonomischen Status quo“, also auf die Abschaffung von Staat, Kapital und Patriarchat. Die Einsicht in die Tatsache, daß sowohl reaktionäre und konservative als auch sozialdemokratische und linksalternativen Politik auf die beste aller möglichen staatlichen Verwaltungsformen der bürgerlich-kapitalistischen Warenproduktion hinausläuft, ist offensichtlich so banal wie folgenswer, daß sich die Apologeten der Zivilgesellschaft mit Händen und Füßen dagegen wehren müssen.

Rödels, Frankenbergs und Dubiels Behauptung, Agnoli „kühl zur Schau gestellte Illusionslosigkeit“ bei der Analyse des bürgerlichen Staates schlage in eine „unpolitische, idealistische Euphorie (um), wenn vom nachkapitalistischen Zustand die Rede ist“¹⁷ erweist sich schon aufgrund des oben bereits angerissenen Verhältnisses von Agnoli zu Kritik und Utopie als Unsinn. Bei ihm ist vom nachkapitalistischen Zustand in aller Regel überhaupt nicht die Rede.

Subjektlose Herrschaft und politische Strategie

Nicht alle Diskussionen im Anschluß an Agnoli Kritik bewegten sich auf dem Niveau von linksliberalen Demokratiefanatikern. Die Frage, inwieweit Politik ausschließlich als bewußtes Handeln zur Herrschaftssicherung verstanden werden kann, die ernster zu nehmen ist als die Einwände der Habermas-Haberer, tauchte schon bei Auseinandersetzungen in den 70er Jahren auf. Agnoli wurde vorgeworfen, er habe die Rolle der selbstbewußt handelnden Subjekte an der Spitze der bürgerlichen Gesellschaft überbewertet. Die von ihm konstatierte Transformation von Herrschafts- zu Verteilungskonflikten sei nicht das Resultat bewußter Strategie, sondern das „Ergebnis der Verkehrung des Klassenverhältnisses in der Produktion von Wert und Mehrwert durch die entwickelte Oberfläche der Konkurrenz“.¹⁸ Diese Kritik, die die Marxsche Fetischkritik aus den drei Bänden des „Kapital“ in Erinnerung ruft, löste beim Kritisierten jedoch nur Unverständnis aus. In einem Gespräch mit Agnoli reagierte Ernest Mandel, in marxistischer Terminologie wahrlich nicht ungeschult, auf diesen Satz mit der Frage: „Was heißt das?“ Agnoli darauf: „Das weiß ich auch nicht.“¹⁹ Dieses Unverständnis ist ein Beispiel für die Ignoranz zweier sehr unterschiedlicher Vertreter des Marxismus gegenüber der Analyse der Fetischisierungen und Mystifikationen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Dennoch hat Agnoli selbst den Widerspruch zwischen bewußtem politischem Handeln zur Durchsetzung von Kapital- und Staatsinteressen einerseits und dem blinden Wirken der Wertgesetzmäßigkeiten durch das im fetichistischen

Bewußtsein begründete Handeln andererseits thematisiert: „Derart kann von einem Zusammenhang zwischen wirkendem Wertgesetz und bewußter politischer Perspektivwahl und -entscheidung der Führungsgruppen gesprochen werden.“²⁰

Trotzdem ist der Vorwurf nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Agnoli trotz all seines Antidogmatismus und seiner schon früh formulierten Kritik am Marxismus-Leninismus einige altlinke Grundirrtümer mit sich herumschleppt. Besonders scharf und mitunter in einem völlig überflüssig unfreundlichen, geradezu gehässigen Tonfall, inhaltlich aber in manchen Punkten durchaus zutreffend, hat Peter Klein auf einige Mängel in Agnolis Theorie hingewiesen. Zu recht wirft er ihm vor, daß er die Demokratie fast ausschließlich als Betrugsmanöver begreift und sich sein theoretisches Konzept auf eine „strategische Manöver ausführende ‘herrschende Klasse’“²¹ reduziert. Da sich Klein nur auf die „Transformation der Demokratie“ und auf jene Texte bezieht, die gemeinsam mit deren Neuauflage 1990 wieder veröffentlicht wurden, ist es auch verständlich, daß er Agnoli vorwirft, daß bei ihm der Kapitalbegriff ausgeblendet bleibt und auch die Wert- und Warenförmigkeit nicht thematisiert wird.²² Vor dem Hintergrund von Agnoli „Staat des Kapitals“ wird solch ein Vorwurf zwar relativiert, aber nicht gänzlich entkräftet. Dennoch: Kleins vernichtende Kritik wäre in eine Beurteilung zu transformieren, die die Ambivalenzen in der Demokratie- und Staatskritik Agnolis aufzeigt. Denn wie Klein so zu tun, als habe Agnoli von der Marxschen Gesellschaftskritik, die eben nicht auf eine personalisierende, sondern auf eine – wenn auch nicht im Sinne des Strukturalismus – strukturelle Ökonomie- und Politikkritik hinausläuft, rein gar nichts verstanden, verbietet sich schon auf Grund der zahlreichen Hinweise Agnolis beispielsweise auf den „sekundären, instrumentellen Charakter der ‘Herren’ der Produktion“.²³ Auch der Kapitalbegriff wird von Agnoli nicht durchgängig ignoriert, und das Kapital wird bei ihm auch keineswegs einfach als monolithischer Machtblock, der den Beherrschten gegenübersteht, verstanden, sondern durchaus im Sinne der Marxschen Fetischkritik begriffen. Die ökonomische Qualität des Kapitals besteht nach Agnoli darin, „eine soziale Gegebenheit zu sein, deren höchster Zweck ihre eigene Verwertung ist“.²⁴

Der Vorwurf jedoch, daß Agnoli sich in seiner Kritik fast ausschließlich auf die Manipulation der sogenannten Beherrschten durch die scheinbar selbstbewußt Herrschenden konzentriert, ließe sich anhand weiterer Texte untermauern und erweitern. In seinen faschismustheoretischen Schriften findet sich zwar nie jener vorbehaltlose Bezug auf die angeblich nur

verhetzte Arbeiterklasse, das Volk oder die Massen, wie man es von der nationalen Linken kennt, aber auch bei ihm ist, selbst noch wenn es um den Antisemitismus geht, vorrangig von Herrschaftstechniken die Rede. Agnoli weist zwar darauf hin, daß er nicht in der Lage sei, die Shoa „mit irgendwelchen rationalen, marxistischen oder sonstigen Kategorien zu begreifen“²⁵ und hält auch an seiner richtigen Charakterisierung der Massenvernichtung als Ausdruck einer „totale(n) Irrationalität der Herrschaft“²⁶ fest. Den Antisemitismus vor dem Schritt zur bürokratisch organisierten und industriell betriebenen Massenvernichtung im Nationalsozialismus begreift aber auch er nur als Mittel zu einem außerhalb des Antisemitismus liegenden Zweck. Die Behauptung von der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ wird von ihm nicht als selbst geglaubte Lüge, als aus dem auf die Spitze getriebenen Irrsinn kapitalistischer Warenproduktion und staatlicher Herrschaft resultierende pathologische Projektion begriffen, sondern als eines der „Hauptinstrumente zur Integration und Manipulation auf Massenniveau“²⁷ beschrieben. Es besteht hier die Gefahr einer Verkürzung des Antisemitismus auf ein besonders hinterhältiges Herrschaftsmittel, das den selbstbewußt Herrschenden zur kalkulierten Machtsicherung je nach Lage der Dinge frei zur Verfügung steht. Der real vorhandene Antisemitismus in herrschenden Kreisen droht dadurch unbeachtet zu bleiben und in bezug auf die aus ihm ableitbaren Handlungen ebenso unterschätzt zu werden wie der auch ohne große Überredung oder Manipulation „von oben“ vorhandene Antisemitismus bei den abhängigen Klassen.

Agnoli selbst hat mehrfach nachdrücklich darauf hingewiesen, daß wir es in den europäischen Nachkriegsstaaten keineswegs mit Gesellschaften zu tun haben, die aus dem Nichts entstanden sind, sondern mit postfaschistischen Gesellschaften, die zahlreiche Komponenten des Faschismus, wie beispielsweise den Korporatismus, in modifizierter Form in sich aufgenommen haben. Wenig Beachtung hingegen erfährt bei ihm die Tatsache, daß es sich bei der BRD nicht nur um einen postfaschistischen, sondern vor allem um einen postnationalsozialistischen Staat handelt. Auch wenn Agnoli stärker und früher als andere auf Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus hingewiesen hat, fehlt es bei ihm zuweilen an einer antideutschen Zuspitzung der Kritik, die die modifizierte Fortexistenz der verfolgenden und sich verfolgt fühlenden nationalsozialistischen Volksgemeinschaft im volksgemeinschaftlichen Verfassungskonsens der BRD ins Visier zu nehmen hätte. Genau in diesem Mangel ist das Einfall-

tor für die altlinken Irrtümer in seinen häretischen Marxismus auszumachen. Die klare Trennung in Herrschende und Beherrschte, bei der viel von Klasseninteressen, aber wenig von der deutschen Volksgemeinschaft die Rede ist, bleibt bei ihm ebenso aufrecht wie die theoretische Vorstellung einer Trennung von Staat und Gesellschaft. Stefan Vogt und Andreas Benl haben zu Recht darauf hingewiesen, daß diese beiden Ausgangsthesen „in Deutschland seit dem Nationalsozialismus hinfällig geworden (sind)“, und daß Agnoli mit diesen Grundannahmen seinen eigenen Ergebnissen, nämlich der „Charakterisierung der Bundesrepublik als autoritäre Demokratie, die die volksgemeinschaftliche Basis rechtsstaatlich anstatt terroristisch herzustellen bemüht ist“,²⁸ widerspricht.

Bei aller Kritik an Vorstellungen von einem revolutionären Automatismus, der in den Aktionen der Arbeiterklasse immer schon die Befreiung am Werke sieht, finden sich auch in Agnolis Texten aus den 60er und 70er Jahren immer wieder Äußerungen, die man heute als arbeitertümelnd oder massenverliebt bezeichnen würde. Zu recht weist Agnoli darauf hin, daß es nicht stimmt, „daß der Arbeiter per se ein Reformist ist“, aber ebensowenig „per se ein Revolutionär“. ²⁹ An anderer Stelle klingt das aber wieder ganz anders, wenn er seine eigenen Wünsche und die von relativ marginalen Teilen des Proletariats zum allgemeinen Willen der Arbeiterklasse erklärt: „Das Proletariat will aber Kommunismus als Emanzipation und nicht als Übermacht des Staates.“ ³⁰ Schön wär's.

Vor dem Hintergrund solcher „nicht vollends abgestreifte(r) Erbschaften des traditionellen Arbeiterbewegungsmarxismus“³¹ stellt sich die Frage nach der Aktualität von Agnolis Kritik und insbesondere von seiner „Transformation der Demokratie“. Agnoli hat zu dieser Aktualität mehrfach selbst Stellung bezogen. Zum einen hat er darauf verwiesen, daß seine Kritik als Fundamentalkritik zu verstehen sei und insofern ihre anhaltende Gültigkeit auch an der grundlegenden Struktur von Gesellschaft und Staat gemessen werden müßte. Die Produktionsweise, die gesellschaftliche Struktur und die politische Form seien auch 20 Jahre nach dem Erscheinen der „Transformation der Demokratie“ in den westlichen Staaten in ihren Grundzügen gleich geblieben. Daher habe auch die Kritik nichts an ihrer Berechtigung und Richtigkeit verloren. Zum anderen verweist Agnoli zu recht auf politische Entwicklungen, wie beispielsweise die in den 80er Jahren sich vollziehende Integration der Grünen, die „allen Vorwürfen und Ungültigkeitserklärungen zum Trotz die Involutionstheorie (verifizieren)“.³² Diese Einschätzungen sind mittlerweile selber 14 Jahre alt. Prinzipiell las-

sen sie sich heute wiederholen. Die Produktionsweise, die gesellschaftliche Struktur und die politische Form, die Agnoli als die „drei Grundelemente“ bezeichnete, „die die Gründe für die kritische Analyse der *Transformation der Demokratie*“³³ waren, existieren grundsätzlich betrachtet in fast gleicher Form fort. Neben solch allgemeinen Feststellungen ist jedoch nochmals hervorzuheben, daß die Mehrzahl von Agnolis Texten aus den 60er und 70er Jahren stammen.

Für einige der aktuellen Diskussionen in der Linken geben Agnolis Texte jedoch recht wenig her. Die Auseinandersetzungen über Nation und Nationalismus, über strukturellen Antisemitismus und verkürzte Kapitalismuskritik, wie sie spätestens seit Anfang der 90er Jahre vor allem in der Linken in den deutschsprachigen Ländern geführt werden, konnten aus Agnolis Texten kaum Impulse erhalten. Das liegt in erster Linie daran, daß jene grundlegende Gemütslage nationalstaatlicher Warenmonaden, die sich darin äußert, daß man sich permanent betrogen und übervorteilt fühlt, einen diffusen Haß gegen „die da oben“ hegt und eventuell auch noch von geheimen Mächten im Hintergrund phantasiert, die am eigenen Elend Schuld sein sollen, bei Agnoli nicht Gegenstand der Kritik ist, sondern ganz im Gegenteil immer wieder als Beleg für die grundsätzliche Widerständigkeit der abhängigen Massen herhalten muß. Die zum Teil rassistischen, vor allem aber antisemitischen Implikationen jenes antikapitalistischen Ressentiments, das einzelne Kapitalisten und Politiker kritisiert, aber nicht das Kapital oder den Staat als solchen, bekommt Agnoli nur selten in den Blick. Selbst noch der rigide Antiintellektualismus deutscher Werktätiger, der fast nie ohne eine latente antisemitische Einfärbung auskommt, schien ihm bisweilen eine Bestätigung für die ursprüngliche Aversion der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Herrschaft jeglicher Art zu sein.³⁴

Abschaffung der Politik

Keine materialistische Staats- und Politikkritik existiert ohne Bezug auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie, und auch Agnoli hat sein Programm einer Kritik der Politik immer wieder explizit als „Fortsetzung der Kritik der politischen Ökonomie“³⁵ bezeichnet. Hätte er zu den erwähnten aktuellen Debatten mehr beitragen wollen, hätte er sich vermutlich nicht vorrangig auf die auch im traditionellen Marxismus stets favorisierte Mehrwert- und Klassentheorie stützen dürfen, sondern auch stärker auf die Analyse der Wertformen und den aus ihnen resultierenden Fetischismus beziehen müssen. Bei Agnoli finden sich keine Stellen, an denen explizit vom Verhältnis von Waren- und Staatsfetisch die Rede

ist. Seine Texte sind aber für die Linke dennoch enorm wichtig gewesen – und sind es, schon allein weil sich große Teile der Linken gerade in ihren schlechten Traditionen treu geblieben sind, über weite Strecken bis heute. Mit seinen Einwänden gegen Staat und Politik hat Agnoli der Linken ein Erbe hinterlassen, an das es sich lohnt, anzuknüpfen. Bei aller Kritik – einige von Agnolis Texten sind bis heute alleine auf Grund einzelner Formulierungen, die in ihrer Treffsicherheit kaum zu überbieten sind, aktuell geblieben. Man denke beispielsweise nur an seine zu recht viel zitierte Kennzeichnung der so hoch gelobten Parteienvielfalt in der BRD als „plurale Fassung einer Einheitspartei“.³⁶

Agnoli war und ist einer der wenigen radikalen Staats- und Demokratiekritiker des postfaschistischen Deutschland, dessen theoretische Einlassungen allzu personalisierender Politik- und Staatskritik von vornherein eine klare Absage erteilen. Als Wert- und Fetischkritiker gibt er dennoch nicht viel her. Was heute ansteht, ist eine Radikalisierung von Agnolis Kritik der Politik vor dem Hintergrund der Neu Rezeption der Marx'schen Fetischkritik. Die Kritik an der begeisterten Bezugnahme auf jede auch nur irgendwie widerständige Regung der wert- und staatsfetischistischen bürgerlichen Subjekte und an der diesen Regungen im Postnationalsozialismus fast zwangsläufig innewohnenden Affirmation der Volksgemeinschaft muß dabei in Zukunft ins Zentrum gerückt werden.

In dieser Kritik wird Politik einerseits als bewußte Herrschaft und andererseits als objektiver, den Trägern und Trägerinnen von Politik unbewußter historischer und gegenwärtiger Durchsetzungsmodus der Wertverwertung begriffen. Auch die emanzipative Politik der traditionellen Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung und der Neuen sozialen Bewegungen muß in diesem Verständnis im wesentlichen als Beitrag zur Durchsetzung der warenproduzierenden Moderne eingeschätzt werden. Alleine die Tatsache, daß alle anfänglich emanzipatorischen Bewegungen, die klassische oder auch alternative Politik betrieben haben, letztlich immer beim Staat gelandet sind und in der Regel nicht einmal dazu fähig waren (und es heute schon gar nicht mehr sind), über den Staat auch nur hinaus zu denken, rechtfertigt es, Politik, auch wenn sie sich antistaatlich gibt, als staatsfixiert zu begreifen. Die Kritik der Politik setzt daher weiterhin nicht auf die Wiederbelebung des Politischen oder auf die Rettung der Politik, sondern auf ihre Abschaffung.

Anmerkungen

- 1 Agnoli, Johannes: *Subversive Theoric. „Die Sache selbst“ und ihre Geschichte*. Freiburg 1996, S. 29.

- 2 Ebd., S. 79.
- 3 Ebd., S. 73.
- 4 Agnoli, Johannes: Die Transformation der Demokratie. in: Agnoli: Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg 1990, S. 45.
- 5 Agnoli, Johannes/ Mandel, Ernest: Offener Marxismus. Frankfurt/M. 1980, S. 26.
- 6 Vgl. ebd., S. 29.
- 7 Agnoli, Johannes: Der Staat des Kapitals. in: Agnoli, Johannes: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik. Freiburg 1995, S. 48.
- 8 Agnoli/ Mandel, a. a. O., S. 20.
- 9 Ebd., S. 19.
- 10 Strasser, Johano: Die Funktion des Staates und die Möglichkeit sozialistischer Reformpolitik im spätkapitalistischen System der BRD. in: Greven, Michael T. u. a.: Krise des Staates? Darmstadt und Neuwied 1975, S. 81.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd., Herv. i. Orig.
- 13 Ebd.
- 14 Vgl. Euchner, Walter: Zum Demokratieverständnis der Neuen Linken. in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 32, 1969, S. 8.
- 15 Agnoli, Johannes: Und immer noch kein Staatsfreund. in: Agnoli, Johannes: 1968 und die Folgen. Freiburg 1998, S. 237.
- 16 Rödel, Ulrich u. a.: Die demokratische Frage. Frankfurt/M. 1989, S. 16.
- 17 Ebd.
- 18 Blanke, Bernhard: Entscheidungsanarchie und Staatsfunktionen. in: Ebbinghausen, Rolf (Hg.): Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Frankfurt/M. 1976, S. 210.
- 19 Agnoli/ Mandel, a. a. O., S. 9.
- 20 Agnoli: Der Staat des Kapitals, a. a. O., S. 69. Herv. i. Orig.
- 21 Klein, Peter: Hier ruht Agnoli. in: Krisis, Nr. 10, 1991, S. 143.
- 22 Vgl. ebd., S. 145, 150.
- 23 Agnoli: 1968 und die Folgen, a. a. O., S. 109.
- 24 Ebd., S. 110.
- 25 Agnoli, Johannes: Faschismus ohne Revision. Freiburg 1997, S. 10.
- 26 Ebd., S. 52.
- 27 Ebd., S. 127.
- 28 Vogt, Stefan/ Benl, Andreas: Der Parteienstaat als Volksstaat. in: Dietl, Andreas u. a.: Zum Wohle der Nation. Berlin 1998, S. 113.
- 29 Agnoli: 1968 und die Folgen, a. a. O., S. 130f.
- 30 Ebd., S. 93.
- 31 Vogt/ Benl, a. a. O., S. 113.
- 32 Agnoli: 20 Jahre danach. a. a. O., S. 183.
- 33 Ebd., S. 182.
- 34 Vgl. Agnoli, Johannes: Arbeiter, Studenten und Marxismus in Westdeutschland. in: Agnoli: 1968 und die Folgen. a. a. O., S. 106.
- 35 Agnoli: 1968 und die Folgen. a. a. O., S. 220.
- 36 Agnoli: Die Transformation der Demokratie. a. a. O., S. 53.

Kurswechsel am sinkenden Schiff

DER STAAT UND SEINE HISTORISCHEN SCHRANKEN. NOTIZEN

von Franz Schandl

„Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetz von Staats wegen die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?“,¹ schrieb Marx vor mehr als 130 Jahren.

Das Diktat der Produktionsverhältnisse ist zwar immer evident, kann aber – will die Gesellschaftsformation nicht zugrunde gehen – nicht ungebrochen sich vollziehen. D.h. der Staat greift im Sinne der kapitalistischen Formation klassenübergreifend ein, er ist nicht der Ausschluß der Bourgeoisie, sondern der Ausschluß des gesamten Kapitalverhältnisses. Diese Differenz gilt es sich immer vor Augen zu halten, wenn man vom bürgerlichen Staat spricht. Der bürgerliche Staat ist nicht der Staat der Bourgeoisie, sondern der des Kapitals. Bürgerlich meint, daß der Staat den Staatsbürgern ihre bürgerlichen Bestimmungen als Warenbesitzer in Freiheit und Gleichheit sichert und aufrichtigt. Frühbürgerliche Zustände verschleierte dies dahingehend, daß sie die Arbeiter partout nicht als Staatsbürger anerkennen wollten. Hier war die Arbeiterbewegung aber durchaus erfolgreich gewesen.

Der Staat mag manches am Markt verhindern, Gutes wie Schlechtes, seine grundsätzliche Aufgabe ist aber, diesen zu ermöglichen. Nur Leute, die im betriebswirtschaftlichen Blindflug durch das Leben eilen, können dies übersehen. Der Staat ist das umfassende Sicherheitssystem der bürgerlichen Gesellschaft. Militär und Polizei, Steuerstaat, Rechtsstaat, Sozialstaat sind analytisch betrachtet nur unterschiedliche Momente ein und derselben generellen Funktion einer Sicherung, die auffängt wie einfängt, inkludiert wie exkludiert, schützt und bewacht, belohnt und bestraft.

Als „die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft“,² bezeichnete Marx die Staatsmacht. Staat ist die durch Politik legitimierte Ordnungsmacht, jener erzeugt die Gesellschaft nicht, er hält sie zusammen. Die politische Regulation ist unumgänglich, eine ausschließlich marktförmige Reproduktion ausgeschlossen. Der Staat reguliert die Gesellschaft, aber nicht nach seinen Regeln, sondern nach den in Budget und Recht transformierten Zwängen des Verwertungsprozesses.

Das Gemeinsame ist mehr als die Summe der Teile, es ist die sie ermöglichende und bedingende

Konstellation. Der Staat ist genau jene Instanz, der die Gesamtanliegen der Konkurrenten am Markt, seien dies nun Individuen oder Kollektive (Klassen, Schichten, Lobbys, Regionen, Segmente...), gegen ihre egoistischen Interessen vertritt. Das macht den Staat in der bürgerlichen Gesellschaft objektiv unentbehrlich, wie subjektiv unbeliebt. Die Gesellschaft benötigt eine spezifische Instanz, die sie zur Einheit fügt.³ Politik als bürgerliche Verallgemeinerung war dazu da, aus der gesellschaftlichen Unordnung Ordnung zu machen, die als *gesonderte Allgemeinheit*, eben Staat, auftreten kann.

Staat oder Gesellschaft ist der falsche Gegensatz, der Staat ist vielmehr obligater Zusatz der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne Staat hätte sich dieses Gemeinwesen längst zerstört. Er ist wesensmäßiger und unverzichtbarer Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Die zivile Gesellschaft ist die staatliche abgesicherte. Ohne den Staat wäre auch der Markt nichts. Dito umgekehrt. Wer den Staat zerstört, wie etwa die Neoliberalen dies offensichtlich wollen, zerstört auch die Gesellschaft.

Selbst das Private kann gar nicht konsequent außerhalb des Staates gedacht werden, es wird über seine Kriterien (Budget, Recht, Politik) vermittelt. Das sogenannte Privatinteresse kann nur durch die spezifische Allgemeinheit der staatlichen Legitimation auftreten. Diese ist präsent, auch wenn wir sie uns nicht stets vergegenwärtigen. Das Private und das Politische funktionieren nach den gleichen Gesetzen der Verwertung: „Der bürgerliche Staat garantiert mit anderen Worten die gegebene, von der Verkehrsform des Privateigentums (vom Wert) konstituierte Sozialstruktur, auf der er beruht, und affirmiert gleichmäßig alle innerhalb dieser Sozialstruktur miteinander konkurrierenden Interessen – mit der einen Einschränkung, daß dabei die Grundlage der Konkurrenz selbst, das Privateigentum, d.h. die Waren- bzw. Geldförmigkeit aller Interessen, nicht angetastet werde.“⁴

Dilemma des Staats

Die aktuelle Frage ist also die, was der jetzige Staat leisten kann. Vielleicht sollte man sagen, *noch* leisten kann. Er kann ja nur leisten, was er sich auch leisten kann: „Das ökonomische Dasein des Staats sind die Steuern“,⁵ sagt Marx. Seine Stärke speist sich aus ihrem Volumen. Die außerökonomische Gewalt ist zwar nicht unmittelbar ökonomisch ausgerichtet wie der Markt, wohl aber in ihren Instrumentarien (Steuern, Haushalt) mittelbar ökonomisch geprägt.

Nichts verdeutlicht mehr des Staates Abhängigkeit, als daß er nur mit dem ökonomischen Medium des Geldes, das er vom Markt absaugt, seine gesellschaftliche Macht zu realisieren vermag. Folglich kann er idealiter nur beschließen auszugeben, was er hat oder – nimmt er Kredite auf – irgendwann einmal wird haben müssen. Seine Ausgaben dimensionieren seine Aufgaben. Der Staat ist also unmittelbar abhängig von den produktiven Potenzen einer nationalökonomischen Formation. Alle Politiken haben daran ihre Schranken, über die sie sich bei Strafe des Untergangs nicht hinwegsetzen können.

In Zeiten der Globalisierung hört der Staat freilich auf, „ideeller Gesamtkapitalist“ einer Nationalökonomie zu sein. Letztere ist heute ein Anachronismus geworden, sie zerläuft nach allen Seiten: „Sobald aber das Territorium keine notwendige Bedingung mehr ist, sobald Wohnsitz und Investitionsort nicht mehr vorgegeben sind, sondern zur Wahl stehen, und sobald der Mehrwert so abstrakt entsteht, daß man den Entstehungsort nicht mehr präzise bestimmen kann, ist die Besteuerung keine souveräne Entscheidung mehr. Gewiß, weite Bereiche des Wirtschaftslebens haben sich noch nicht aus der territorialen Bindung gelöst, und der Staat behält alle Macht zur Besteuerung der unbeweglichen Güter und der an ihre Fabrik gebundenen Beschäftigten.“⁶ Das transnationale Kapital entzieht dem Staat nunmehr die Mittel seiner Selbsterhaltung. Der gibt sodann die Rechnung an seine Kunden, die Staatsbürger weiter, indem er ihnen die Sozialleistungen kürzt und/oder Gebühren erhöht. In der Phase der Degradation des Staates unterliegt seine Steuerhoheit dem tendenziellen Fall.

Vergessen wir nicht, Globalisierung meint, daß jeder Standort gleichzeitig ein *Fluchort* ist. Und davor fürchten sich die Menschen, die das nur schicksalhaft erleben können, zurecht. Standort meint also, wir müssen alles tun, damit das Kapital hier bleibt, ja nicht weggeht. Die sich verschärfende Konkurrenz der Standorte wird zu einem noch größeren Dumping von öffentlichen Institutionen gegenüber Unternehmen betreffend Steuersätzen, Vorausleistungen, Ablässen etc. führen. Je freier die Wirtschaft, desto leichter kann sie Förderungen und Geschenke lukrieren. Hat man das akzeptiert, und jede bürgerliche Politik, also jede, muß das akzeptieren,

dann hat man seine Kapitulationsurkunde schon unterzeichnet. „Der Staat wird zur Geisel der ‘Standortfrage’ und der internationalen Finanz- und Spekulationsbewegungen. Dieser Kontrollverlust, der nur noch mühsam kaschiert werden kann, macht den letzten Kraftmuskel der ‘Politik’ weich und schwach.“⁷ Was bleibt, ist Simulation.

„Das Steuermonopol ist zusammen mit dem Monopol der physischen Gewalt das Rückgrat dieser Organisationsform“,⁸ schreibt Norbert Elias über den Staat. Sind diese beiden Monopole existentiell gefährdet, dann sprechen wir von einer fundamentalen Krise des Staats. Gerade das ist aber der Fall: Das Steuermonopol wird porös, es büßt seine Durchschlagskraft immer deutlicher ein, da nützen auch strengere Kontrollen und höhere Strafen für Steuerstünder – wie sie stets angekündigt werden müssen – nichts.

Im Zeitalter des Fordismus verfügten die westeuropäischen Staaten über eine relative soziale Handlungsautonomie, weil die Geldmenge in Hinsicht auf die Bedienungsbedürftigen reichhaltiger vorhanden gewesen ist. Diese Ausnahmesituation läßt sich jedoch nicht als eherne Möglichkeit ansehen, sondern bezieht sich auf eine historisch begrenzte Phase der Nachkriegskonjunkturen.

Fiskus in der Sackgasse

Auffällig ist, daß sich die Einzelstaaten immer schwerer tun, gegen die Logik der betriebswirtschaftlichen Kostenminimierung jene Steuern einzutreiben, die sie zur Aufrechterhaltung bisheriger Standards bräuchten. Das ist der eigentliche Grund für den Sozialabbau, das neoliberale Agieren baut darauf auf, es bringt ihn nicht hervor. Wäre wirklich genug Geld vorhanden, wie die Keynesianer aller Lager unermüdlich behaupten, dann hätte der Neoliberalismus in Europa keine Chance gehabt. Er bliebe eine kleine Randerscheinung ohne Möglichkeit auf ideologische Hegemonie. Da könnten die Hayek und Friedman noch so schimpfen, selbst in christdemokratischen Parteien fände das keine Mehrheit.

Im Zuge der Zunahme prekärer, aber doch (ideologisch abgefeierter) selbständiger Beschäftigungsverhältnisse kommt es zur Zurückdrängung unselbständiger Lohnarbeit. Darin liegt auch ein Schlüssel zur Erklärung substantiell (nicht unbedingt nominal) sinkender Steuereinnahmen. Eben weil die Möglichkeiten, es sich zu richten, hier um einiges größer sind als bei den Lohnarbeitern. Die einzigen „ordentlichen“ Steuerzahler sind die Lohnarbeiter. Nicht weil sie wollen, sondern weil sie müssen. Das sagt zwar niemand, aber wissen tun es alle.

Immer stärker ist der Fiskus darauf angewiesen, jene zu schröpfen, die am leichtesten zu schröpfen sind, wo auch defacto noch etwas zu holen ist: bei unselbständiger Erwerbstätigen

(Arbeiter, Angestellte, Beamte) und bei Beziehern sozialer Leistungen (Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger, Familien, Mütter etc.) Nur dort ist seine Zugriffskompetenz nach wie vor – zumindest der formalen Seite nach – in ausreichendem Maße gegeben. Je schwächer die Lobbys einzelner Gruppen sind, desto stärker werden diese abgecasht. Interessenspolitik wird zu einem „Rette sich, wer kann.“ Solidarität als interne Restgröße beschränkt sich auf immer kleinere Segmente.

Die jetzige Politik stopft also mit ihren Sparpaketen und sozialen Belastungen ihre budgetären Löcher, um die (noch) nicht zurückgenommenen Leistungen bedienen zu können und die originären staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Mit diesen Maßnahmen drosselt man freilich den Konsum, somit die Einnahmen der Unternehmungen, in Folge fallen die Steuerleistungen sowohl der Konsumenten als auch der Produzenten. Das führt zum bzw. beschleunigt dort den nächsten Rationalisierungsschub. Die staatlich getätigten Maßnahmen funktionieren zwar für eine Weile, doch dann stehen die nächsten Eingriffe an. Man betet für den Aufschwung und fürchtet den Zusammenbruch.

Wird aber umgekehrt keine Sparpolitik betrieben, d.h. werden die Ausgaben nicht gesenkt, dann bedeutet dies, daß der Staat sich entweder heillos verschuldet und in den Staatsbankrott treibt, oder aber neue Einnahmen erfinden muß. Tut er ersteres, wird er zahlungsunfähig, tut er letzteres, verschlechtert er die Konkurrenzfähigkeit der dann zur Kasse gebetenen Unternehmer (die sich durch diverse Steuerfluchten dem zu entziehen versuchen und vielfach auch können), aber auch die Lage der ebenfalls zur Ader gelassenen Konsumenten. Wie man sieht, es beißt sich in den Schwanz. Strukturelle Schwierigkeiten sind nicht durch konjunkturelle Maßnahmen behebbar.

Vor allem der Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeutet sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben seitens des Budgets. Folgerichtig wird der Staat versuchen, seine Sozialleistungen zu dumpfen, um zahlungsfähig zu bleiben, und so etwa die Zumutbarkeitsbestimmungen beim Bezug eines Arbeitslosengeldes verschärfen. Der Sozialabbau ist also primär objektiv begründet, nicht irgendeinem strategischen Konzept geschuldet, auch wenn jener in den unverfrorenen Neoliberalen seine adäquaten Vollzugsgehilfen findet. Nicht sie haben ihn erfunden, sondern er sie.

Rückkehr des Staats?

Politische Akteure waren sich stets darüber einig, daß, wer den Staat und somit die Macht in Händen hält, die Fähigkeit hat, die Gesellschaft nach seinem Gutdünken zu formen. Politik wurde und wird verstanden als der Ort der konkreten Freiheit. Bemessen an bürger-

lichen Verhältnissen ist da auch einiges dran. Alle beschwören geradezu frenetisch ein Primat der Politik, geradeso als bräuchte es nur eines politischen Beschlusses, um es in Kraft zu setzen.

Selbst die gemäßigten Liberalen wünschen sich inzwischen die Rückkehr des Staates. Wenn etwa die Zeit von der „Stunde der Politik“⁹ spricht, dann meint sie damit sicher nicht, daß deren letzte Stunde geschlagen hat. Im Gegenteil, alle, die Positivisten, die Traditionalisten und auch die Postmodernen, kurzum die Demokraten aller Länder wollen mit ihr noch einmal Hochzeit feiern. „In der Globalisierung sind die Politiker erst recht gefordert: Sie müssen der Wirtschaft neue Regeln setzen“, schreibt dieselbe: „Die Weltwirtschaft ist in die Marktfalle getappt.“ „Die Finanzflüsse müssen besser überwacht werden“.¹⁰

Doch wie soll das funktionieren? Und wer soll das garantieren? Welche Mitteln und Sanktionen stehen einer solchen Behörde, die erst zu schaffen wäre, zur Verfügung? Stets wird so getan, als sei der Politik die Politik entglitten. Warum derartiges passieren konnte – und das gleich in allen europäischen Staaten – darüber schweigen die Politikgläubigen. Alle wollen freilich die Politik wieder erfinden. Warum partout nicht gelingt, was so ziemlich alle wollen, ist da schon ein Rätsel. Die Titanic sinkt, doch debattiert wird über den Kurs derselben.

Die „Instandsetzung des Staates und die Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft“¹¹ ist eine gefährliche Illusion. Abgesehen davon, daß es dieses Primat nie gegeben hat, sondern bloß die Spielräume im Fordismus größer gewesen sind, wie sollte denn das nun vonstatten gehen? Primat der Politik kann aber nichts anderes heißen, als daß der Staat als Vollzugsorgan derselben seine interventionistische Macht rigoros durchsetzen soll. Doch warum soll er können? Politik wird hier in hanebüchener Manier als sich selbst setzende Funktion gesetzt, nicht als Parameter des Wertgesetzes und der Kapitalakkumulation, sondern als deren möglicher Befehlshaber.

Autoren wie die eben zitierten Martin/Schumann denken in den Kategorien keynesianischer Wirtschaftskunde, sie stellen immer bloß billige Vergleiche an, nicht systematische Analysen. Sie ordnen bestimmte Phänomene nicht historisch zu, sondern meinen, diese hängen ab vom Willensakt der bürgerlichen Subjekte. Daher sei die Entscheidung in nichts anderem als in einer *anderen Politik* zu suchen. Freilich findet die sich nirgendwo. Jeder Wechsel, der ja wirklich nichts mehr anderes darstellt als einen bloßen Austausch von Regierungsmannschaften, zeigt dies überdeutlich. Doch der Illusionismus blüht noch immer, selbst wenn keine richtige Stimmung mehr aufkommen will.

Regelungsstau oder: Der Staat und die Gurke

Auch die eingeklagte Unverständlichkeit der Gesetze greift daneben. Die Gesetzemacher in Politik und Bürokratie sind nämlich gezwungen, die vielfältigen Interessen im Recht zur Geltung zu bringen, insofern sie grundsätzlich kompatibel sind. Die Folge sind Akzentuierungen und Junktimierungen unterschiedlichster Anliegen zu einem Teilganzem. Daß dies dann aus objektiven Gründen oft scheitern muß, eben weil es in sich widersprüchlich ist oder anderen Teilganzem zuwiderläuft wie diese ihm, sollte eigentlich klar sein. Die notwendige Komplexität verunglückt an ihr selbst.

Die Verständlichkeit der Gesetze nimmt ab, weil die Verständlichkeit der Gesellschaft abnimmt. Das Regelungswerk mag noch so dicht sein, es wird auf jeden Fall immer weniger griffig und begreifbar. Das Recht läuft zusehends leer. Wir haben es hier aber nicht mit einer „ungezügelter“¹² (Christoph Kotanko) zu tun, sondern mit der „normalen“ Umsetzung ausdifferenzierter Wünsche und komplexer Anliegen in Normen. Da hilft es dann auch nicht weiter, in concreto besonders irrwitzige Verordnungen oder Gesetze anzuführen. Jede juristische Groteske kennt ihre rationale Geschichte. Solche Erregungen lenken vom Problem bloß ab, verorten es falsch. Konsensual ist heute der freiheitliche Kurzschluß. Haider sagt jedenfalls nichts anderes als sein vermeintlicher Gegner Kotanko: „Die Regelungswut des Staates ist zu beschränken.“¹³

Schon der Begriff *Regelungswut* leitet in die Irre, und nicht nur weil er allzunähe bei der Tollwut angesiedelt ist. Diese „Wut“ kommt nicht vom Staat, sondern geht durch ihn durch. Es sind die selektiven Wünsche, die gemäß der Demokratie zu dieser Regelungsichte führen müssen. Es ist nicht die Willkür der Politiker und Beamten, sondern die Bringpflicht dieser.

Wenn die Krümmung einer Gurke abgemessen wird, so ist das doch nicht die originäre Idee wildgewordener Apparate (auch wenn die manchmal Schabernack treiben, was man ihnen wirklich nicht verübeln kann), sie reagieren nur auf die Anliegen, Beschwerden und Eingaben maßgeblicher Gurkenproduzenten, Gurkenzirkulanten und Gurkenkonsumenten und deren Lobbys. Nicht jedes idiotische Resultat hat dergleichen idiotische Voraussetzungen. Damit etwas Verrücktes herauskommt, müssen nicht die Verrückten unterwegs sein, im Kapitalismus reichen da die Normalen. Mikroanalysen würden uns zweifellos bestätigen, aber wer erforscht schon die Gurkenkrümmung, wenn es die freiheitlichen Regungen *Entsetzen* und *Empörung* als Ventile auch tun. Je tiefer die Teile, desto unproblematischer das Ganze. Es bleibt außen vor: *Sachlich bleiben*, lautet die Dummdevise, und das in Zeiten, wo gerade die Sach-

lichkeit vehement angegriffen werden mußte.

So will es die Dialektik: Kleine, in sich logische Regungen können sich zu einer großen Idiotie verdichten. Dort, wo divergierende Interessen aneinandergeraten und sodann konzentriert werden, eben in Gesetzen, Verordnungen und Erlässen – muß es zu solchen *Überbestimmungen* kommen. Nachvollziehbare Detailvorschläge mögen in spezifischen Kontexten zu den wirrsten Konstruktionen führen. Das alles ist Folge eines gesamtgesellschaftlichen Staus, der sich auf alle Gebiete ausweitet.¹⁴

Aber das heißt insgesamt nur, daß die Kategorie des Interesses prekär geworden ist, Interessensabwägungen zu keinen „vernünftigen“ Lösungen mehr führen müssen. Interesse meint ja, daß sich die unmittelbaren Anliegen in der kapitalistischen Warengesellschaft als mittelbare Interessen ausdrücken, sich nicht von selbst verwirklichen, sondern unzähliger Mittler zur Realisierung brauchen. Erst in der bürgerlichen Gesellschaft haben diese sich verallgemeinert sowie spezifiziert, durch permanentes Tätigwerden konsolidiert und institutionalisiert. Die entscheidenden Kriterien eines politischen Interesses sind ihre indirekte Vermittlung sowie ihre Gegengerichtetheit.

Jedes Interesse verlangt nach Regelung, und jede Regelung verlangt Ausnahmeregelungen. Jedes Gesetz schreit nach einem Gegengesetz, jede Verordnung zieht drei weitere nach sich. Würde man sich genau anschauen, was da alles beschlossen wird, dann würde man im Einzelfall durchaus eine rechtliche Rationalität innerhalb der kapitalistischen Irrationalität erkennen. Während also alle schreien, daß wir zuviel Gesetze haben, sind andererseits die Forderungen derselben allen nichts anderes als ein Aufruf und Grund doch ebendiese Gesetze zu schaffen. Alle wissen nicht, was alle tun. Die spezifisch vorgebrachte Kritik setzt Unbewußtheit der Handlungen, Wünsche und Absichten voraus. Man beharrt akkurat auf Logiken, deren Konsequenzen man strikt ablehnt.

Was wir haben, das ist ein *Regulationsstau*, weil die Form des Rechtes die alleits erhobenen Anforderungen an das Recht nicht mehr ausreichend erfüllen kann.¹⁵ Wer sich also nach Klarheit und Einfachheit sehnt, bringt damit nur zum Ausdruck, daß er den Zusammenhang von überdifferenzierter (bürgerlicher) Gesellschaft und überkomplexem Recht absolut nicht verstanden hat. Gerade deswegen aber ist dieses Ressentiment freiheitlich abholbar. Ist der geregelte Staat der verstopfte, so der schlanke Staat der zügellose.

Linke Staatsgebete

Die traditionelle Linke war eine Linke des Staats. Auf ihn konzentrierten sich ihre Hoffnungen. Erst in den letzten Jahren ist dies aufgebrochen, freilich um sich oft fluchtartig für den Markt und/oder die zivile Gesellschaft zu entscheiden.

In Zeiten der Markteuphorie hat es die Staatsanbetung schwer, wenngleich das eine kein Fortschritt gegenüber dem anderen ist. Über dualistisches Denken ist diese Linke, ob jetzt gewendet oder nicht, jedenfalls nie hinausgekommen.

Das Credo der Traditionssozialisten hat kein Geringeres als Ferdinand Lassalle, der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbandes (ADAV), vorgegeben: „Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation – das ist der Staat“, sagte Lassalle 1863, und gab damit der Arbeiterbewegung mehr auf den Weg als der kritische Marx das getan hatte: „Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, welche ihnen allen als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt.“¹⁶

Dieser Meinung war wohl auch der theoretische Kopf der II. Internationale: „Von den heute bestehenden gesellschaftlichen Organisationen gibt es nur eine, die den nötigen Umfang besitzt, daß man sie als Rahmen benutzen könnte, um innerhalb derselben die sozialistische Genossenschaft zu entwickeln, das ist der moderne Staat.“¹⁷ Gegen den Staatskritiker Anton Pannekoek schrieb Karl Kautsky 1912: „Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt daher das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlamentarismus zum Herrn der Regierung. Nicht aber Zerstörung der Staatsgewalt.“¹⁸

So wie die Vorfahren dachten auch die Nachfahren. Exemplarisch etwa Wolfgang Fritz Haug. Sozialismus, das ist vorerst einmal der gute Leviathan, der uns durch die Ausweitung der Politik garantiert wird. „Im nationalen und internationalen Klassenkampf zerstört sich die Bewegung ohne Zentralisierung und Disziplin. Sie bedarf der Institutionen. Sie bedarf der Partei und des Staates. Der Übergang zum Sozialismus erscheint zunächst als Ausbruch der Politik aus der engen bürgerlichen Kanalisierung. Sie wird zuständig fürs Ökonomische, von dem sie in der bürgerlichen Gesellschaft gerade abgesetzt ist. So gut wie alles, was in der Gesellschaft geschieht, erscheint jetzt politisch.“¹⁹

Staat und Gesellschaft werden also nicht als präformierte Identität angesehen, sondern der Staat der Gesellschaft schroff gegenübergestellt. Daß er bürgerlich ist, folgt wohl nur daraus, weil die bürgerliche Klasse ihn für sich okkupiert hat. Das könnte das Proletariat genauso gut tun. Auf die Eroberung der Staatsmacht laufen dann auch all diese Konzepte hinaus. „Im Sozialismus wird

der Staat zunächst wichtiger denn je zuvor, seine Kompetenz erstreckt sich auf alles.“²⁰ „Um Macht über der Gesellschaft zu werden, muß sich der Staat der Gesellschaft entgegensetzen.“²¹ „Denn zur Organisation der Entwicklung, die zum Abbau des Staates (und zur vollen Entfaltung der Arbeiterpersönlichkeit) führen kann, bedarf es wiederum des Staates.“²²

Der Staat, das ist der heilige Transformator. Vor der Abschaffung des Staates wird explizit gewarnt: „Die Notwendigkeit des Staates ist für den Marxismus eine ‘historisch-transitorische Notwendigkeit’. Nur auf der Grundlage konkreter Situationsanalyse läßt sich vernünftigerweise etwas aussagen zur Frage der Stärkung des Staates.“²³ „Wie man zum Hausbau ein Gerüst braucht, so zum Bau der klassenlosen, sich ‘einfach’ selbstverwaltenden Gesellschaft. Ihr Gerüst ist der Staat. Die das Gerüst planvoll aufrichten und den Bau organisieren, in allem vorangehen, sind die Partei.“²⁴ Gut gerüstet, der Mann.

Hat man den Staat erobert, ist man allerdings nicht an der Macht, sondern bestenfalls an der Regierung. Sofort ist man bei Strafe des eigenen Untergangs gezwungen, die einst bekämpften Instrumentarien selbst zu bedienen und anzuwenden. Nicht man ergreift sodann die Institutionen, sondern diese ergreifen einen. Haug fällt hier weit hinter Karl Marx, wohlgermerkt den Arbeiterbewegungsmarx, zurück. Dieser schrieb zumindest: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihren eigenen Zweck in Bewegung setzen. Das politische Werkzeug ihrer Versklavung kann nicht als politisches Werkzeug der Befreiung dienen.“²⁵

Gerade an Staat und Politik knüpften aber Kautskyanismus und Leninismus ihre Hoffnungen. Der theoretische Unterschied bestand darin, daß letztere den Staat als Übergangsinstrument sahen, während erstere ihn überhaupt als Zukunftsstaat ad infinitum setzten. Man muß gar nicht so ein platter Apologet sein wie Wolfgang F. Haug, fast der gesamte Marxismus war Kind des modernen Staatsaffirmation.

Daß das Staatstümeln nicht nur eine Angelegenheit rückwärtsgerichteter Klassenkämpfer ist, beweist neuerdings auch der französische Vordenker der dortigen Sozialbewegung, Pierre Bourdieu: „Es wird ersichtlich, wie die Abdankung bzw. der Rückzug des Staates unerwartete Wirkungen verursacht hat, welche keinesfalls jemals gewünscht waren und von solcher Art sind, daß sie zeitweilig das harmonische Spiel der demokratischen Institutionen bedrohen können, wenn nicht die resolute Politik eines entschiedenen Staates (sic!, ES.) tatsächlich die Mittel zur Umsetzung seiner Absichtserklärungen ergreift und im letzten Moment das Steuer herumwirft.“²⁶

Völlig befangen in der Dichotomie Staat-Gesellschaft erzählt uns einer der bedeutendsten Soziologen ein lassalleanisches Märchen, gibt sich ein radikaler Denker als Sozialdemokrat zu erkennen. Die Resolutheit wird sich allerdings auch weiterhin auf Resolutionen beschränken. Gegen den schlanken Staat nützt auch kein Knüppel eines starken Staates mehr. Geht ihm das Geld aus, kann er sich in Banden auflösen, die bis auf Restfunktionen seine Aufgaben übernehmen.²⁷

Über den Staat hinaus

Wir wachsen über den Staat hinaus und wissen nicht, wohin. Unsere Ängste sind allort spürbar. Vorherrschend ist der Griff in die nationale Kiste. Und damit sind nicht nur die aggressivsten Varianten wie Rassismus und Antisemitismus gemeint, sondern auch die Staatstümelei sämtlicher Linksdemokraten. Deren positiver Bezug auf den Nationalstaat speist sich auch aus dem prinzipiellen Bekenntnis zu Rechtsstaat und Sozialstaat, die als bestmögliche Domestizierungen des Daseins erscheinen. Es gelte sie zu erhalten, auszubauen und zu fördern. Diese zweifellos positiven Dialektiken (die freilich ohne ihre negativen Kehrseiten nicht zu haben sind) bürgerlicher Vergesellschaftung setzen jene absolut. Sie wirken wie die Vertreter einer konservativen Teleologie, die die Gegenwart der Vergangenheit mit Zähnen und Klauen gegen die Zukunft verteidigen wollen. Sie stellen sich letztlich nicht den Anforderungen einer emanzipatorischen Aneignung der gesamten Gesellschaft, sondern gleichen mehr denn je einem abgestandenen Rettungsprojekt.

Die zu bekämpfende antistaatliche Grundorientierung der Neoliberalen und aller Markteuphoriker darf einerseits nun nicht dazu führen, in staatsstreu Gebete auszubrechen. Andererseits heißt dies aber dennoch, daß man den Staat nicht einfach „aus der Verantwortung entlassen“ kann, wenngleich man weiß (und das auch zu betonen hat), daß entsprechende Forderungen nicht offensiv sind, sondern in vieler Hinsicht prekär. „Aber unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise konnte es gar keine andere Instanz geben als den Staat, um wenigstens ein Mindestmaß an zivilisatorischen Standards zu gewährleisten und die zerstörerischen Folgen betriebswirtschaftlicher Rationalität abzumildern. Der nun geforderte und durchgeführte umfassende Rückzug des Staates enthält bereits erste Anzeichen der von Anfang an im Kapitalismus lauenden Möglichkeit der völligen Entzivilisierung.“²⁸

Das Aufzeigen der Zwänge ist eben kein Bekenntnis zu ihnen, wie das oft in billiger Manier unterstellt wird. Als Kritiker des Marktes sind wir keine Apologeten des Staates. Umgekehrt umgekehrt. Das ist leichter gesagt als getan, nichtsdestotrotz ist es zu bewerkstelligen, liegt

genau darin die emanzipatorische Perspektive kritischer Theorie und Praxis. Und niemand soll sich schrecken, sondern laßt uns in Ruhe darüber diskutieren. Schlimmer als die sich abzeichnende Entwicklung des sozialen Kahlschlags kann die Debatte nie und nimmer sein.

Anmerkungen

- 1 Karl Marx, *Das Kapital*. Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band (1867), MEW, Bd. 23, S. 505.
- 2 Ebenda, S. 779.
- 3 Hier gibt es durchaus Parallelen zu einem elaborierteren strukturalen Marxismus, wie er etwa von Nicos Poulantzas vertreten wurde. Dieser schreibt, „daß der Staat innerhalb einer Struktur mit verschiedenen Ebenen ungleichzeitigen Entwicklungsstands die besondere Funktion hat, Kohäsionsfaktor der verschiedenen Ebenen einer Gesellschaftsformation zu sein (...), Regulativ ihres globalen Gleichgewichts als System“. (Nicos Poulantzas, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*, Frankfurt am Main, 2. überarb. Auflage 1975, S. 43.) Auf die gravierenden Differenzen zu diesem Ansatz, vor allem was den Stellenwert der Politik betrifft, kann hier nicht explizit eingegangen werden, implizit ist aber doch einiges aus unserem Text herauszulesen.
- 4 Peter Klein, *Die Illusion von 1917. Die alte Arbeiterbewegung als Entwicklungshelferin der modernen Demokratie*, Unkel/Rhein und Bad Honnef 1992, S. 107.
- 5 Karl Marx, *Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral* (1847), MEW, Bd. 4, S. 348.
- 6 Jean-Marie Guehenno, *Das Ende der Demokratie*, München 1994, S. 29.
- 7 Robert Kurz, *Das Ende der Politik, Krisis 14* (1994), S. 106.
- 8 Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*. Zweiter Band (1936), Frankfurt am Main, 7. Aufl. 1980, S. 307.
- 9 *Die Zeit*, 8. Oktober 1998.
- 10 *Die Zeit*, 5. Februar 1998.
- 11 Hans-Peter Martin/Harald Schuman, *Die Globalisierungsfalle*, Reinbek 1996, S. 223.
- 12 *Kurier*, 9. August 1998, S. 2.
- 13 Jörg Haider, *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für eine Brücke ins nächste Jahrtausend*, Wien 1997, S. 115. Eine Untersuchung über Synergie und Konformität der Wortwahl Haiders und jener der Kulturindustrie wäre zweifellos lohnend.
- 14 Genauer siehe in unserem in Vorbereitung befindlichen Essay: *Die Verunglückungen des Komparativs. Zur Philosophie des Staus*. Jener soll in den Streifzügen 4/00 erscheinen.
- 15 Vgl. Franz Schandl, *Vierzehn Hypothesen zum Finale des Rechts*, Juridikum, Nummer 4/94, S. 25-27.
- 16 Ferdinand Lassalle, *Arbeiterprogramm*, Stuttgart 1973, S. 43.
- 17 Karl Kautsky, *Das Erfurter Programm* (1892), Berlin-Bonn, 20. Aufl. 1980, S. 115.
- 18 Karl Kautsky, *Die neue Taktik*, *Die Neue Zeit* Nr. 46, 16. August 1912, S. 732.
- 19 Wolfgang Fritz Haug, *Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau*, *Das Argument* 106, November/Dezember 1977, S. 783.
- 20 Ebenda.
- 21 Ebenda, S. 784.
- 22 Ebenda, S. 787.
- 23 Ebenda, S. 792.
- 24 Ebenda.
- 25 Karl Marx, *Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“* (1871), MEW, Bd. 17, S. 592.
- 26 Pierre Bourdieu, *Die Abdankung des Staates*, *Freiburger* 78, November 1998, S. 52.
- 27 Vgl. Franz Schandl, *Gesellschaftliches Marodieren. Mosaiksteine eines Zerfalls*, ZOOM (jetzt Context XXI) 2/99, S. 26-32.
- 28 Robert Kurz, *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt am Main 1999, S. 663-664.

Fun and Function?

ANMERKUNGEN ZUM VERHÄLTNIS VON „SPASS HABEN“ UND GESELLSCHAFT

von Alexander Gruber und Tobias Ofenbauer

Die Botschaft des Hedonismus, welcher behauptet, das Ziel des Menschens sei die Lust, sowie daß es nur auf den Genuß ankomme, klingt ja erstmal nach einer feinen Sache. Widersetzt sie sich doch scheinbar den nur allzu bekannten Prämissen des Alltags, unter denen mensch sein Leben zu fristen hat. Im Bild des bonvivants erscheint das Gegenüber des/der strebsamen, lustfeindlichen, vom Untertanengeist beseelten Bürgers/Bürgerin. Auf den ersten Blick hat es den Anschein, als ob der/die sich dem Hedonismus ergebende Individualist/in, das Gegenteil des konformistischen, das Kollektiv reproduzierenden „Massenmenschen“ darstellt. Dieses Gespenst des widerständigen Konsums geistert durch die zeitgenössischen Subkulturen und ihr ideologisches Beiwerk. Beharrlich wird nach Emanzipations- und Widerstandspotentialen gefahndet, die die Grundlage einer alternativen Vergesellschaftung bilden sollen. Während über die Verortung der widerständigen Phänomene kontrovers diskutiert wird, ist

man sich über einen Punkt vorbehaltlos einig: die Existenz eines unmittelbar Freiheit verkörpernden Prinzips, das sich nur noch angeeignet werden müsse. Jede Kritik an diesen Annahmen fängt sich leicht den Vorwurf der Lustfeindlichkeit und Unmenschlichkeit ein. Doch gerade das Beharren auf der Totalität des falschen Ganzen bewahrt den Gedanken an die Möglichkeit des Besseren: Glück und Genuß bedürften zu ihrer Verwirklichung der Freiheit und der Autonomie.

Der Hedonismus unterstellt die unmittelbar vorhandene Freiheit der Individuen. Er reflektiert nicht auf die gesellschaftliche Verfaßtheit dieser Individuen und der Dinge, die sie konsumieren sollen. Erstere sollen in ihrer gegebenen Gestalt letztere unmittelbar zum Gegenstand des Genusses machen. Bereits Marcuse wandte gegen die Hypostasierung des unmittelbaren Genusses ein, daß dieser den vorgegebenen Strukturen der Gesellschaft folge und so niemals aus dieser herausführen könne: „In die-

ser Form der Gesellschaft kann die Welt, wie sie ist, zum Gegenstand des Genusses nur werden, wenn alles in ihr, Menschen und Dinge, so hingenommen werden, wie sie erscheinen, ohne daß ihr Wesen (...) dem Genießenden gegenwärtig werden.“¹ Unbegriffen bleibt dem Hedonismus das Formprinzip der Ware sowie die gesellschaftliche Bestimmung des bürgerlichen Subjekts, dessen Freiheit der abstrakte Individualismus der Konkurrenz ist. Die Existenz dieser Freiheit ist keine unbedingte, sondern dient der Selbstverwertung des Individuums unter den Prämissen des freien und gleichen Tausches. Die Affirmation der Charaktermaske der warenförmigen Vergesellschaftung, durch Affirmation ihrer Bedürfnisse, führt zur Verewigung der elenden Realität, die jene hervorbringt. Derart auf die real existierende Subjektivität fixiert, kann der Hedonismus seine eigenen Bedingungen und Beschränkungen nicht reflektieren und so das objektive Moment des Glücks nicht fassen.

Staat und Kapital stellen die Schranken des größtmöglichen Glücks für die größtmögliche Zahl an Menschen dar; jede Flucht in die Möglichkeiten, die die bürgerliche Gesellschaft bietet, geht somit zwangsläufig mit der Reproduktion dieser Schranken einher und kann sich nicht aus der Verfangenheit in dieser Vergesellschaftung befreien. Das Glück wird nicht zufällig in der Sphäre der Konsumtion verortet, die unzulässigerweise von der der Produktion abgespalten wird. Hier verwirklicht sich jedoch nur die bürgerliche Freiheit, sich als Waren- und Geldmonade zu betätigen – nicht mehr und nicht weniger. Jeder Versuch, das hedonistische Individuum als unabhängig von der Gesamtstruktur der Gesellschaft zu begreifen, und als ein von deren Zwängen befreites zu denken, muß an der Totalität der wertverwertenden Gesellschaft scheitern. Das bürgerliche Subjekt ist das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, weswegen Freiheit und Glück unter bestehenden Bedingungen nur negativ gedacht werden können: als Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen, die jene verhindern.

Die in der herrschenden Ordnung vorgefundenen Gegenstände sind ebenso nicht zur direkten Bedürfnisbefriedigung hergestellt, sondern haben die Form der Ware, deren Bestimmung es ist, ihren Wert zu realisieren. Die menschlichen Bedürfnisse sind je schon von dieser Formbestimmtheit geprägt. „In diesen Bedürfnissen und Interessen selbst (und nicht erst in ihrer Befriedigung) steckt schon die Verkümmern, Verdrängung und Unwahrheit, mit der die Menschen in der Klassengesellschaft aufwachsen.“² Der Prozeß der Gesellschaft ist also die Produktion des Immergleichen, und Langlewige ist der subjektive Reflex auf die Deformation, welche der gesellschaftliche Gesamtzusammenhang den Menschen widerfahren läßt. Die Dynamik der ständigen Pseudo-Aktivität (Adorno) aktueller Subkulturen ist die ebenso deformierte Reaktion, die dazu dient, den Gedanken an eben jene Statik zu verdrängen. So wird sich eine Identität geschaffen, um der dumpfen Ahnung um die eigene Ohnmacht zu entgehen.

Der unmittelbare Genuß ist also keineswegs widerständig, sondern eine Möglichkeit, die die bestehende Vergesellschaftung selbst hervorbringt, und die in zunehmender Weise deren Reproduktion garantiert. Als der riesige Supermarkt, zu dem die warenproduzierende Gesellschaft sich entwickelt hat, ist sie auf die konsumtive Vereinnahmung und Vertilgung des ungeheuren Warenangebots angewiesen. Das Kapital knüpft die Ausbeutung der produktiven Arbeit zusehends direkt an die Ausbeutung der konsumtiven Bedürfnisse, wodurch die ProduzentInnen zugleich an ihre Rolle als staatlich protegierte KonsumentInnen gekoppelt werden.³ Insofern ist es kein Wunder, daß mit dem

Aufkommen des Massenkonsums im postfascistischen „fordistischen Zeitalter“ die bis dahin geforderte puritanische Libidokontrolle zum Hemmschuh der umfassenden Wertrealisierung wurde. Es wurde zur Notwendigkeit, neue Bedürfnisse zu wecken, bis dahin unterdrückte freizugeben und die unmittelbare Wunschbefriedigung als Selbstzweck zu propagieren, also der KundInnen die Lebensanschauung des Hedonismus einzupauken.⁴ Mensch muß kein Experte für Sozialpsychologie sein, um zu erkennen, daß diese Transformation, die sich durch sämtliche Lebensbereiche zog, vor den sexuellen Tabus nicht halt machen konnte und diese notwendig nachhaltig verändern mußte. Insofern muß man die 68er und ihre sogenannte sexuelle Revolution als subjektive Verdoppelung der objektiven Entwicklung sehen.

In diesem Prozeß wird ersichtlich, was der Hedonismus seinem Begriffe nach auch immer schon war. In der warenproduzierenden Gesellschaft ist die Konsumtion und damit der Genuß nie als Zweck gesetzt, sondern stets als Mittel der Verwertung. Sowie der Gebrauchswert nur als Träger von Wert existiert, genauso existiert Individualität nie ohne gesellschaftliche Vermittlung, also den Zwang sich als bürgerliches Subjekt begreifen zu müssen. Das Besondere existiert nur als Inkarnation des Allgemeinen, Bedeutung kommt ihm nur insofern zu als es eben da sein muß. Die Menschen müssen ihre individuelle Reproduktion mit dem Zwang zur Kapitalakkumulation vermitteln, ihr eigenes Glück liegt also in ihrer Nützlichkeit für den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft. Der unmittelbare Konsum kann so nur als Anhängsel der Verwertung, sprich als Wertrealisation begriffen werden; jeder Versuch

etwas anderes in ihm zu erkennen ist Sinnstiftung, zwanghafte Rationalisierung des gesellschaftlichen Unwesens. Dieser Form der Kritik an der Kulturindustrie geht es nicht darum, den Menschen Genuß zu mißgönnen, sondern die Verschränktheit des Konsums mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung aufzuzeigen, die permanent das Versprechen von Glück hintertreibt.

Der Hedonismus als Philosophie des unmittelbaren Genusses will sich über seine eigenen Bedingungen keine Gedanken machen. Zwar ist in der Forderung nach der Erfüllung der individuellen Bedürfnisse ein Moment der Freiheit enthalten, dieses aber unmittelbar mit deren Existenz gleichzusetzen, bedeutet die Verewigung der Unfreiheit. Der unreflektierte Genuß entsagt dem, was möglich wäre, er enthält Resignation. „Glück aber enthält Wahrheit in sich. Es ist wesentlich Resultat. Es entfaltet sich am aufgehobenen Leid.“⁵ Alles andere wäre bloßer Schein von Glück, Absenz des Bewußtseins von Unglück und damit Versöhnung mit dem falschen Ganzen.

Anmerkungen

- 1 Marcuse Herbert: *Zur Kritik des Hedonismus* (1938); in: Ders.: *Kultur und Gesellschaft I*, Frankfurt/M. 1965, S. 132
- 2 Ebd., S. 137
- 3 Vgl. Enderwitz, Ulrich: *Der Konsument als Ideologe. 200 Jahre deutsche Intelligenz*, Freiburg i. Br. 1994, S. 193
- 4 Vgl. Böckelmann, Frank: *Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit*, Freiburg i. Br. 1987, S. 40 ff.
- 5 Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt/M. 1995, S. 70

Krisis beiträge zur kritik der waren-gesellschaft

Franz Schandl: **Das Phänomen Haider.** Prototyp einer neuen Rechten in Europa?
 Gerhard Scheit: **Demokratischer Rassismus, Outsourcing des Staats.** Das Beispiel Haider.
 Ernst Lohoff: **Einer muß den Bluthund machen.** Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission.
 Robert Bösch: **Zwischen Allmacht und Ohnmacht.** Zur Psychopathologie des bürgerlichen (d.h. männlichen) Subjekts.
 sowie: Rezensionen | Kommentare | Glossen
 164 Seiten, DM 18, ISBN 3-89502-101-6

EBENFALLS JETZT ERSCHIENEN:

Roswitha Scholz
Das Geschlecht des Kapitalismus
 Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats
 190 S., br., DM 24, ISBN 3-89502-100-8

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung!
 Oder über den Verlag:
 Horlemann Verlag - Postfach 1307 ·
 D-53583 Bad Honnef · Fax: (0 22 24) 54 29
 e-mail: info@horlemann-verlag.de
 Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

| JETZT NEU |
KRISIS 23
 Postpolitik und
 demokratische
 Krisenverwaltung
 | JETZT NEU |

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf ...

ÜBER MICHAEL HEINRICHS VERSUCH, DIE MARXSCHES KRISENTHEORIE UNSCHÄDLICH ZU MACHEN

von Norbert Trenkle

Michael Heinrich hat sich in den 90er Jahren den Ruf erworben, ein sehr guter Kenner der Marxschen Wert- und Krisentheorie zu sein. Sein Buch „Die Wissenschaft vom Wert“, das soeben in einer zweiten, erheblich erweiterten Ausgabe erschienen ist, gilt mittlerweile, zumindest in akademischen Kreisen, als einschlägiges Standardwerk. Darüberhinaus dient es auch als Referenz für eine Kritik an den in der *Krisis* entwickelten wertkritischen und krisentheoretischen Positionen. Dabei hat sich teils explizit, teils implizit eine etwas seltsame Gegenüberstellung eingebürgert. Heinrichs Werk gilt als „fundierte“ und „ernsthafte“ Auseinandersetzung mit dem Thema; der *Krisis*-Ansatz hingegen bleibe angeblich „oberflächlich“, theoretisch „indiskutabel“ und empirisch völlig unbegründet. Allein der Einfluß, den dieser Ansatz derzeit im gesellschaftskritischen Diskurs hat, rechtfertigt, daß man sich überhaupt zu einer Auseinandersetzung mit ihm herablasse.

Nun gehören solche Abwehrmechanismen zu den üblichen ebenso leicht durchschaubaren wie lächerlichen Verhaltensmustern etablierter theoretischer Zitierkartelle. Hinter ihnen verbirgt sich nicht viel mehr als der Versuch, die eigenen, brüchig gewordenen Paradigmen gegen Kritik zu immunisieren und noch eine Zeitlang über die Runden zu retten (sehr schön nachzulesen bei Kuhn 1976/1962). Frappierend ist dennoch der ungeheure Kontrast zwischen der vorgeblichen „Wissenschaftlichkeit“ und der theoretischen Substanz vom dem, was da geboten wird. Selbst gemessen an den Standards der linksakademischen Publikationen der 70er Jahre aus dem Umfeld der Zeitschrift *PROKLA* (deren geschäftsführender Redakteur Heinrich heute ist), insbesondere aber des „Hegel-Marxismus“ (Backhaus, Reichelt u.a.), stellt Heinrichs Buch einen eklatanten Absturz dar. Wenn das nicht wahrgenommen wird, dann nur, weil die Theorierezeption insgesamt diese Absturzbewegung mitgemacht hat.

Wie schwach schon Heinrichs Grundlegung der Werttheorie ist, wurde an dieser Stelle bereits von Franz Schandl und mir (*Streifzüge* 2/99 bzw. 3/98) angemerkt. Heinrich macht den Wert letztlich zu einer Kategorie der Zirkulationssphäre, deren Bezug zur Verausgabung abstrakter Arbeit einen bloß noch formalen Charakter hat, und konstruiert so (genau darauf kommt es ihm auch an) eine Kompatibilität zwischen der Marxschen

Theorie und der positivistischen bürgerlichen Volkswirtschaftslehre. In der nächsten Ausgabe der *Streifzüge* werde ich mich damit anhand des ersten Teils der Neuausgabe seines Buches noch einmal ausführlicher beschäftigen und dabei vor allem die argumentativen „Tricks“ unter die Lupe nehmen, mit denen Heinrich versucht, die Kritik der politischen Ökonomie zu positivieren und unschädlich zu machen. Hier möchte ich mich zunächst mit dem krisentheoretischen Kapitel auseinandersetzen, das in der Erstfassung des Buches noch nicht enthalten war.¹

Heinrichs zentrales Anliegen ist es, jede zusammenbruchstheoretische Implikation aus der Marxschen Theorie herauszusäubern. Daß nicht sein kann, was nicht sein darf, steht als oberstes Gebot über allen seinen Erörterungen. Marx habe zwar gezeigt, die kapitalistische Produktionsweise sei ihrem Wesen nach krisenhaft, keinesfalls jedoch, daß sie aus ihrer eigenen inneren Dynamik heraus letztlich an eine absolute historische Schranke stoßen müsse. Einschlägige Aussagen, die eindeutig in diese Richtung weisen, sollen einer Phase der Ökonomiekritik entstammen, in der Marx den ganzen Zusammenhang noch nicht so recht durchschaute. „Diesen frühen Gedankenblitz“ habe er dann aber „recht schnell ad acta“ gelegt – „ganz im Unterschied zu manchen seiner Interpreten“ (S. 350),² wie Heinrich sich zu versichern beeilt. Im späteren Marxschen Werk dagegen fänden sich die „Elemente eines allgemeinen Krisenbegriffs ...“, der auch noch für eine Analyse der Krisenprozesse des 20. Jahrhunderts geeignet zu sein scheint. ... Dieser allgemeine Krisenbegriff unterscheidet sich sowohl von der Vorstellung einer *Zusammenbruchskrise*, als auch von einem Verständnis der Krise als einem Moment der *zyklischen Ausgleichsbewegung*. Gegen die Vorstellung einer Zusammenbruchskrise wird festgehalten, daß Krisen *Lösungen*, wenn auch gewaltsame, von Widersprüchen sind: Gerade das Zerstörerische der Krisen ist für die kapitalistische Entwicklung ein produktives Moment“ (S. 369).

Nähreres zur theoretischen Begründung dieses „allgemeinen Krisenbegriffs“ erfahren wir von Heinrich nicht. Angedeutet wird nur (S. 344), daß er sich weitgehend mit jenem bekannten regulationstheoretischen „Paradigma“ deckt, wonach es zu strukturellen Kriseneinbrüchen kommt, wenn ein bestimmtes „Akkumulationsmodell“ (z.B. der Fordismus) an seine Grenzen

stößt; womit immer nur die Durchsetzung eines neuen „Akkumulationsmodells“ vorbereitet wird (vgl. zur Kritik Trenkle 1998). Insofern schwimmt Heinrich ganz im marxistischen Mainstream, zu dessen Grundüberzeugungen es immer schon gehört hat, daß Krisen stets bloße „Reinigungskrisen“ innerhalb eines prinzipiell nicht davon erschütterten kapitalistischen Kontinuums sind. Den Nachweis, daß Marx einen solchen „allgemeinen Krisenbegriff“ vertritt, muß Heinrich freilich schuldig bleiben. Dafür erteilt er sich gleich zu Beginn seiner Auseinandersetzung mit dem Problem die Generalabsolution, indem er nämlich behauptet, es sei unmöglich einen „konsistenten Kern Marxscher Krisentheorie“ ausfindig zu machen, da nur „inhaltlich divergierende Ansätze vorliegen“ (S. 342).³ Außerdem habe Marx noch gar keinen adäquaten Krisenbegriff entwickeln können, weil die kapitalistische Produktionsweise zu seinen Lebzeiten noch nicht ausreichend entwickelt gewesen sei, um sie „in ihrem idealen Durchschnitt“ zu erfassen (S. 343).

Nun hängt die Richtigkeit einer kritischen Theorie des warenproduzierenden System natürlich nicht per se davon ab, ob sie sich mit den Marxschen Auffassungen deckt oder nicht. Wer aber wie Heinrich den Anspruch erhebt, an der Marxschen Theorie anzuknüpfen und sie weiterzuentwickeln, muß sich doch daran messen lassen, wie ernst er diese nimmt. Selbstverständlich kann und muß Marx ebenso kritisiert werden wie jeder andere Theoretiker auch. Daß jedoch das Marxsche Werk unabgeschlossen geblieben ist und bleiben mußte, Widersprüche aufweist⁴ und im übrigen in mancher Hinsicht seiner Zeit verhaftet bleibt, darf kein Freibrief dafür sein, ihm nach Belieben die eigene Lesart aufzuzwingen. Genau in dieser Weise verfährt Heinrich jedoch schon in „methodischer“ Hinsicht. Die Tatsache, daß die Kritik der politischen Ökonomie natürlich nicht jenseits der Empirie entwickelt worden ist, dient ihm als Alibi, Marx ein empiristisch-induktives Erkenntnismodell zu unterschieben und somit seine Einsichten in das Wesen und die innere Logik der kapitalistischen Produktionsweise grundsätzlich zu entwerten (übrigens ein nicht gerade neues Verfahren, um die Marxsche Theorie wahlweise für obsolet zu erklären oder durch äußerliche Anbauten zu „ergänzen“).

Zwar grenzt Heinrich sich verschiedentlich gegen eine positivistische Interpretation der Marxschen Theorie ab, doch sein Vorgehen

spricht eine andere Sprache.⁵ Wollte er den eigenen Anspruch ernst nehmen, müßte er nachweisen, daß seit dem 19. Jahrhundert tatsächlich Entwicklungen stattgefunden haben, welche die kapitalistische Basislogik und insbesondere auch die Krisenlogik substantiell verändert haben. Was er jedoch anführt, ist auf einer ganz anderen Ebene angesiedelt, nämlich auf der Ebene der kapitalistischen Binnengeschichte, der Durchsetzung, Totalisierung und Entfaltung der modernen Warenproduktion und ihrer institutionellen Ausdifferenzierung. Er spricht von „Faktoren“ (schon der Begriff verrät alles), „wie die Struktur des nationalen Kapitals, die institutionellen Beziehungen des Bankensystems, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, die gesellschaftlichen Konsummuster oder die Rolle sozialstaatlicher Sicherungssysteme“ (S. 344) und dergleichen mehr. Auch der typisch positivistische Einwand, Marx habe zu seinen Lebzeiten nur „Krisen innerhalb des industriellen Zyklus kennengelernt“ (S. 343), strukturelle Krisen (wie die „Gründerzeitkrise“ von 1873 ff.) hingegen zwar „noch genau registriert, theoretisch aber nicht mehr verarbeitet“ (ebd.) zielt vollkommen am Problem vorbei. Denn seinen Krisenbegriff hat Marx eben gerade nicht aus der unmittelbaren Anschauung der Empirie gewonnen, sondern aus der theoretischen Einsicht in die grundsätzliche innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, wie ich gleich noch ausführlicher zeigen werde. Die Frage, in welcher Form sich diese Widersprüchlichkeit in den Krisen des 19. Jahrhunderts ausgedrückt hat, steht auf einem anderen Blatt.

Seine Interpretation der Marxschen Krisentheorie kann Heinrich nur scheinplausibel machen, weil er geradezu gewaltsam mit den Marxschen Schriften verfährt. Er degradiert Marx nicht nur zum positivistischen Ökonomen, sondern blendet darüberhinaus auch auf der Ebene des vorliegenden Textmaterials systematisch alle Aussagen aus, die nicht in sein Bild passen. Was dann noch übrigbleibt, ist ein „Marx“, der nun wirklich kaum noch von Keynes zu unterscheiden oder jedenfalls voll und ganz mit diesem kompatibel ist. Auch auf die Gefahr hin, daß es mir als philologische Pedanterie ausgelegt wird, bleibt mir keine andere Wahl, als dieses Urteil zumindest an einigen zentralen Stellen exemplarisch zu verdeutlichen.

Die Marxsche Zusammenbruchsdiagnose

Beginnen wir mit jener bekannten Passage aus den *Grundrissen*, auf die ich oben schon angespielt habe. Marx insistiert dort darauf, daß der unauf lösbliche kapitalistische Selbstwiderspruch zwischen der Produktivkraftentwicklung und den Produktionsverhältnissen diese Verhältnisse früher oder später „in die Luft sprengen“ (MEW 42, S. 602) muß. Denn der über die Konkurrenz vermittelte Zwang, beständig Arbeitskraft durch

Sachkapital zu ersetzen, untergräbt letztlich das System der Verwertung des Werts, dessen Grundlage ja gerade die massenhafte Vernutzung von Arbeitskraft ist: „Das Kapital ist selbst der prozessierende Widerspruch [dadurch], daß es die Arbeitszeit auf ein Minimum zu reduzieren strebt, während es andererseits die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt“ (a.a.O., S. 601). Ausdrücklich geht es dabei nicht um eine allgemeine Beschreibung der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung, sondern um deren Kulmination, um den Punkt, an dem die Verwissenschaftlichung des Produktionsprozesses in einen immanent nicht mehr aufhebbareren Konflikt mit dem Zwang zur Verwertung des Werts gerät. An diesem Punkt nämlich, sagt Marx, tritt der Arbeiter „neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper ... die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen die neu entwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. [...] Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen ...“ (MEW 42, S. 601).

An Deutlichkeit läßt diese, angesichts der damals noch wenig entwickelten Produktivkraft geradezu visionäre, Passage wenig zu wünschen übrig. Bemerkenswert ist vor allem, daß Marx hier ausdrücklich als Grund für den letztlich unvermeidlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise die *absolute* Verdrängung lebendiger Arbeitskraft angibt, was nichts anderes bedeutet, als das Schrumpfen der gesamtgesellschaftlich produzierten Wert- und Profitmasse. Genau über diesen Punkt hat die gesamte marxistisch inspirierte krisentheoretische Debatte stets hinweggesehen und sich stattdessen auf das Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate fixiert. Auch Heinrich macht hier keine Ausnahme. Indem er dieses Theorem vermeintlich widerlegt (ich werde darauf noch zurückkommen), glaubt er auch die Basis jeder Zusammenbruchstheorie widerlegt zu haben und bemerkt gar nicht, daß er damit am Kernproblem vorbeizieht. Entscheidend ist nämlich nicht, ob der *relative* Anteil des Profits pro eingesetztem Kapital sinkt, wenn sich die „organische Zusammensetzung des Kapitals“ erhöht, also sich das wertmäßige *Verhältnis* von Arbeit und Sachkapital zugunsten des letzteren verschiebt; denn es gibt

keinen logisch zwingenden Grund dafür, weshalb die Kapitalakkumulation zum Erliegen kommen sollte, wenn im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt (und von dem ist hier ja immer die Rede) statt sagen wir 10 Prozent nur noch 5 Prozent oder 1 Prozent Gewinn erzielt werden. Solange nur das angewandte gesellschaftliche Gesamtkapital schneller wächst als die Durchschnittsprofitrate sinkt, bleibt das Kapital als gesellschaftliches Gesamtverhältnis auf Expansionskurs. Wenn hingegen im Zuge einer umfassenden Verwissenschaftlichung der Produktion die *absolute* Anzahl der vernutzten Arbeitskräfte im gesamtgesellschaftlichen Maßstab sinkt, die Produktivkraftentwicklung also Arbeit im säkularen Trend überflüssig macht, dann greift dies die Grundlage des Verwertungssystems an.

Heinrich hält diesen Gedanken offenbar für so abwegig, daß er bei Marx einfach nicht vorkommen darf.⁶ Da er aber die entsprechende Passage aus den *Grundrissen* ob ihrer Bekanntheit nicht einfach übergehen kann, muß sie wenigstens, gegen ihren Wortlaut, auf ungefährliches Normalmaß zurechtgestutzt werden. Was Marx hier beschreibe, sei nichts anderes, als die im *Kapital* analysierte „immanente Tendenz des Kapitals zur Steigerung des relativen Mehrwerts“ (S. 350) und die gehöre ja nun einmal zum ganz normalen Funktionieren des Kapitalismus dazu. „Der ‚prozessierende Widerspruch‘ (Reduktion der Arbeitszeit auf ein Minimum, obwohl Arbeitszeit Maß des Wertes ist), von dem Marx in den *Grundrissen* so frappiert war, daß er gleich die ganze, auf dem Tauschwert beruhende Produktion zusammenbrechen sah, ist jetzt (im *Kapital*; N.T.) auf ein in der Theoriegeschichte aufgetretenes ‚Räthsel‘ geschrumpft, mit dem bereits Quesnay seine Gegner gequält habe ..., das allerdings leicht zu begreifen sei, wenn man berücksichtigt, daß es den Kapitalisten nicht um die absolute Wertgröße der Ware, sondern um den in ihr steckenden Mehrwert gehe. Die angeführte Zusammenbruchstheorie beruhte in den *Grundrissen* auf einer unzureichenden Auffassung der kapitalistischen Produktionsweise“ (ebd.). Fast muß man sich fragen, ob Heinrich die Stelle eigentlich gelesen hat. Denn dort geht es leicht erkennbar überhaupt nicht um die „absolute Wertgröße der Ware“, sondern darum, daß die Arbeitszeit als Grundlage des kapitalistischen *Gesamtprozesses* obsolet wird, mithin also die gesamtgesellschaftlich dargestellte *Wertmasse* schrumpft. Marx dürfte sich stets über die grundlegende Differenz zwischen der einzel- und gesamtcapitalistischen Ebene im Klaren gewesen sein und er argumentiert an dieser Stelle eindeutig auf der Ebene des Gesamtkapitals. Heinrich dagegen springt in seiner Argumentation unvermittelt zum einzelcapitalistischen Standpunkt, der in diesem Zusammenhang nichts zu suchen hat. Fragt sich, wer hier die kapitalistische Produktionsweise nur „unzureichend durchschaut“.

Wenn Heinrich dann fortfährt: „Das Argument, daß die Verbilligung der Waren aufgrund der Produktivkraftentwicklung zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen würde, taucht bei Marx nie wieder auf“ (ebd.), dann stimmt das nur insofern, als ein solches Argument bei Marx schlechterdings niemals auftaucht. Die Zusammenbruchdiagnose im Sinne der oben zitierten Stelle hingegen, hält er bis zum Schluß aufrecht – auch im *Kapital*, das Heinrich gegen die *Grundrisse* ausspielt. Deutlich wird das etwa in folgender Passage aus *Kapital* III, die ich wegen ihrer zentralen Bedeutung noch einmal ausführlich zitieren möchte. Marx schreibt dort: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das *Kapital selbst*, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das *Kapital* ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die *Gesellschaft* der Produzenten sind. Die Schranken, in denen sich die Erhaltung und Verwertung des Kapitalwerts, die auf der Enteignung und Verarmung der großen Masse der Produzenten beruht, allein bewegen kann, diese Schranken treten daher beständig in Widerspruch mit den Produktionsmethoden, die das Kapital anwenden muß und die auf unbeschränkte Vermehrung der Produktion, auf die Produktion als Selbstzweck, auf unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit lossteuern. Das Mittel – unbedingte Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte – gerät in fortwährenden Konflikt mit dem beschränkten Zweck der Verwertung des vorhandenen Kapitals. Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen“ (MEW 25, S. 260).

Da auch in dieser Passage Tacheles geredet wird, kommt Heinrich nicht umhin, sich mit ihr zu beschäftigen – in der oben schon bewährten Weise, versteht sich. Zunächst zitiert er sie bloß unvollständig, indem er den mittleren Satz („Die Schranken, in denen sich ... der Arbeit lossteuern“) und den letzten Satz („Wenn daher die ... Produktionsverhältnisse“) einfach ausläßt. Das ist auch nur konsequent, denn sonst wäre es allzu offensichtlich, daß sein lapidarer Kommentar dazu sich mit dem Text einfach nicht verträgt: „Die ‘Schranke’ von der hier die Rede ist, meint jedoch keine absolute Entwicklungsschranke der kapitalistischen Produktion, bei deren Erreichen irgendein katastrophischer Zusammenbruch stattfinden würde, sondern die *Begrenztheit des Zwecks kapitalistischer Produktion*, und diese Begrenztheit existiert ganz unabhängig von einer

stärkeren oder schwächeren Akkumulation“ (S. 360; Hervorheb. N.T.). Heinrich versucht also die Brisanz der Marxschen Aussage dadurch zu entschärfen, daß er sie zu dem Allgemeinplatz macht, der Zweck der kapitalistischen Produktion sei nun einmal „begrenzt“. Dabei zeigt selbst ein nur flüchtiges Lesen, daß Marx die Beschränktheit des kapitalistischen Produktionszwecks hier als bereits bekannt voraussetzt und als ein *Moment* des fundamentalen Selbstwiderspruchs benennt, dessen *Entfaltung* jene Schranke(n) erst hervorbringt. Das geht schon aus dem von Heinrich verstümmelten Zitatfragment hervor, doch insbesondere die nicht wiedergegebenen Sätze lassen keinen Zweifel daran. Hier ist nämlich (wie schon in den Grundrissen) die Rede vom „beständige(n) Widerspruch“ zwischen dem kapitalistisch-inhärenten Zwang, die *Produktivkraft permanent zu steigern* und damit lebendige Arbeitskraft zu verdrängen und dem *beschränkten Selbstzweck der Produktion*, der Verwertung des Werts, der sich nur durch die ständig erweiterte Vernutzung von Arbeitskraft realisieren läßt.

Damit ist nicht nur eine eindeutige krisentheoretische Aussage gemacht – was Heinrich mit seiner banalisierenden Interpretation schlicht abstreitet; darüberhinaus versteht es sich im Kontext der an Hegels Philosophie orientierten Marxschen Begrifflichkeit,⁷ auch von selbst, daß ein *beständiger* Widerspruch letztlich zu einer *endgültigen* Aufhebung und damit in diesem Fall zur Sprengung der herrschenden Produktionsverhältnisse drängt.⁸ Dies erschließt sich übrigens besonders deutlich aus dem Satz, der dem Zitierten unmittelbar vorangeht und den Heinrich wohl nicht zufällig ebenfalls unter den Tisch fallen läßt: „Die kapitalistische Produktion strebt beständig, diese ihr immanenten Schranken zu überwinden, aber sie überwindet sie nur durch Mittel, die ihr diese Schranken aufs neue und auf gewaltigerem Maßstab entgegenstellen“ (MEW 25, S. 260). Keinesfalls ist hier also eine endlose Kette wiederkehrender Eruptionen des Widerspruchs zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen gemeint, der eine ebenso endlose Kette aufeinanderfolgender „Akkumulations- und Regulationsmodelle“ entspricht, wie Heinrich in Anlehnung an die Regulationstheorie behauptet. Vielmehr ist jede bloß temporäre Aufhebung des Widerspruchs gleichbedeutend mit seiner Reproduktion auf historisch *höherem Niveau* (oder auf „höherer Stufenleiter“ wie Marx sich häufig ausdrückt⁹), also mit seiner säkularen *Zuspitzung*. Damit ist zwar noch nicht gesagt, *wann* der Punkt erreicht ist, an dem dieser Prozeß eklatiert, aber doch jedenfalls *daß* es ihn gibt. Deshalb ist es wohl auch kein Zufall, daß im folgenden (oben zitierten) Satz nicht mehr von „den Schranken“ (im Plural) die Rede ist, sondern es im Singular heißt: „Die *wahre Schranke* der kapitalistischen Produktion ist das *Kapital selbst*“ (s.o.).¹⁰

Offenbar ist Heinrich sehr daran gelegen, diese Passage zu entschärfen, denn er schiebt noch eine zusätzliche völlig sinnverdrehende Interpretation nach. Zunächst einmal wird wieder Friedrich Engels zum bösen Buben abgestempelt, der erst durch einen Einschub in seiner Edition der Marxschen Texte eine zusammenbruchstheoretische Lesart der zitierten Stelle nahegelegt haben soll (was nicht einmal der Gliederung nach einsichtig ist, weil sich der Einschub, den Heinrich hier zitiert, erst 13 Seiten später in einem von Engels mit „Nachträge“ überschriebenen Abschnitt findet). Dort steht jedoch das genaue Gegenteil dessen, was Marx schreibt. Engels behauptet hier nämlich (MEW 25, S. 272 f.), die kapitalistische Produktionsweise erweise sich zunehmend als *Hemmschuh* für die Produktivkraftentwicklung und werde insofern ihrem „historischen Beruf“ untreu. Wäre diese Behauptung richtig, würde das gerade die *Sistierung* des von Marx aufgezeigten Widerspruchs bedeuten und eben nicht dessen Reproduktion und Zuspitzung auf immer höherem Niveau. Engels spricht insofern ganz konsequent keinesfalls von einem bevorstehenden *Zusammenbruch* der kapitalistischen Produktionsweise, sondern sagt vielmehr, diese bewiese „damit nur aufs neue, daß sie altersschwach wird und sich mehr und mehr überlebt.“ (ebd.). Was hier anklingt, ist eine Interpretation der kapitalistischen Entwicklung, wie sie später im Gefolge von Lenins Imperialismustheorie zum marxistischen Allgemeingut werden sollte: Danach zerbricht der Kapitalismus nicht an der ihm inhärenten widersprüchlichen Dynamik, sondern „verfault“, weil diese Dynamik (durch die angebliche Monopolisierung) blockiert worden ist – eine Blockade, die durch die proletarische Revolution überwunden werden soll.¹¹ Heinrich schert sich nicht weiter darum, sondern setzt Engels Pseudo-Zusammenbruchstheorie einfach mit der Marxschen Prognose identisch, um sich ihr so auf die billigste Weise entledigen zu können.¹² Beruhigt kann er nach diesem Interpretations-Salto feststellen: „... eine ‘Zusammenbruchstheorie’ läßt sich mit dem Marxschen Manuskript zum dritten Band des *Kapital* jedenfalls nicht begründen“ (S. 360).

Fall der Profitrate und Schrumpfen der Wertmasse

Das Problem einer schrumpfenden Profitmasse kommt bei Heinrich nur in einem einzigen Kontext vor, dem einer *zyklischen* Überproduktions- oder Überakkumulationskrise (vgl. S. 361 f.). In diesem Fall gerät die Akkumulation ins Stocken, weil die industrielle Reservearmee gegen Null sinkt, also sich das Arbeitskräfte-reservoir in einem bestimmten ökonomischen Bezugsrahmen erschöpft hat und deshalb keine zusätzliche Mehrwertproduktion mehr möglich

ist (vgl. MEW 25, S. 261 f.). Nun steht außer Frage, daß sich solche Konstellationen regelmäßig auf dem Höhepunkt kurzfristiger konjunktureller ebenso wie langfristiger struktureller Zyklen herstellen bzw. hergestellt haben (z.B. gegen Ende des fordistischen Booms in den 60er Jahren). Allerdings ist dies nur eine von zwei grundsätzlich verschiedenen Formen der Überakkumulation von Kapital, die in ihren Ursachen geradezu konträr sind. In der von Heinrich erörterten Form ist die Akkumulationsdynamik als solche ungebrochen, sie stößt jedoch an die ihr gegenüber *äußerliche* Grenze des Mangels an Arbeitskräften. In der zweiten Form, die Heinrich vorsichtshalber nicht einmal erwähnt, weil sie auf jene Problemebene verweist, die er systematisch ausblendet, resultiert die Grenze der Akkumulation aus dem (oben erläuterten) *inneren* Selbstwiderspruch der kapitalistischen Logik: die Verwertungsbasis schmilzt ab, weil im Zuge der beschleunigten Produktivkraftentwicklung Arbeitskraft zunehmend und absolut durch Sachkapital und die Anwendung von Wissenschaft ersetzt wird. Überakkumulation von Kapital (also das Fehlen zusätzlicher Anlagemöglichkeiten) geht deshalb in diesem Fall auch paradoxerweise einher mit einem zunehmenden „Überfluß“ an kapitalistisch vernutzbare Bevölkerung.¹³

Wenn Heinrich dieser Zusammenhang bisher noch nicht einsichtig geworden sein sollte, müßte ihm doch zumindest aufgefallen sein, daß Marx auch an der hier diskutierten Stelle ausdrücklich zwischen zwei völlig unterschiedlichen Varianten von Überakkumulation unterscheidet. Seine Erläuterungen zur *zyklischen Überakkumulation* leitet er mit dem Satz ein: „In beiden Fällen fände auch ein starker und plötzlicher Fall der allgemeinen Profitrate statt, diesmal aber wegen eines Wechsels in der Zusammensetzung des Kapitals, der nicht der Entwicklung der Produktivkraft geschuldet wäre, sondern einem Steigen des Geldwerts des variablen Kapitals (wegen der gestiegenen Löhne)“ (MEW 25, S. 262; Hervorheb. N.T.). Wie schon gewohnt, zitiert Heinrich diesen Satz bloß halb, um dann einfach über die darin aufgemachte Differenz hinweg zu gehen. Übrig bleibt jener Fall der Überakkumulation, der sich mühelos in sein Schema vom ewigen Leben des Kapitalismus einordnen läßt: die wiederkehrende Krise, die im wesentlichen durch die Vernichtung von Kapital, die Erhöhung der Produktivität und die Freisetzung von Arbeitskräften überwunden werden kann. Darüberhinaus hat dieser Reduktionismus auch noch den Vorteil, daß er ohne weiteres mit dem alten Klassenkampfdenken zusammenpaßt, das, wenn auch nur mehr als Schatten seiner selbst noch durch Heinrichs Buch spukt (z.B. S. 361 oder S. 370).¹⁴

Nachdem Heinrich das Problem der Überakkumulation und des Schrumpfens der Wert- und Profitmasse auf diese Weise entsorgt hat, vermeint

er noch das „Theorem vom tendenziellen Fall der Profitrate“ widerlegen zu können, mit dem sich die marxistische Krisentheorie seit Generationen mehr oder weniger erfolglos abgequält hat. Nun läßt sich, wie schon gesagt, mit diesem Theorem der Kern der Zusammenbruchdiagnose ohnehin nicht erfassen (vgl. dazu auch Lohoff 2000), weshalb Heinrich schon im Ansatz falsch liegt. Darüberhinaus ist aber sein Widerlegungsversuch (S. 327 – 341) bezeichnend für seine positivistische und formalistische Vorgehensweise, die sich nur wenig vom Modellplatonismus der neoklassischen Mikroökonomie unterscheidet. Da sich aufgrund der „entgegenwirkenden Ursachen“ eine Entwicklungsrichtung der Profitrate nicht formal eindeutig bestimmen läßt, führt er die zusätzliche Bedingung ein, wonach eine neue Produktionsmethode nur dann angewandt wird, wenn der Aufwand an zusätzlichem konstanten Kapital kleiner ist, als die Einsparung an variablem Kapital. Als formal-logische Konsequenz daraus ergibt sich, knapp gesagt, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals (also das Verhältnis von c zu v) langsamer wächst als die Mehrwertrate, weshalb dann die Profitrate im langfristigen Trend nicht etwa fällt, sondern steigt (vgl. S. 337 – 340). Verwunderlich ist dieses Ergebnis nicht, denn wie immer bei solchen Modellrechnungen kommt genau das heraus, was zuvor in der Gestalt von „Annahmen“ hineingelegt wurde. Verwunderlich ist allerdings schon, daß Heinrich wirklich glaubt, damit das Problem gelöst zu haben. Sein „Beweis“, so schränkt er freilich ein, gelte nur „auf der von Marx gewählten Abstraktionsebene“ (S. 339); dagegen lasse sich „ein Fall der Profitrate ... erst plausibel machen, wenn wir diese Abstraktionsstufe verlassen“ (S. 340). Doch was dann folgt ist kein „Verlassen“, sondern ein regelrechter Absturz. Heinrich landet nämlich bei einer hundsordinären Verteilungsrechnung, wonach die Höhe des Gewinns letztlich von nichts anderem abhängt als von der Höhe des Lohns. Damit wäre es ihm mal wieder gelungen, nach einem aufwendigen Umweg über die unverständenen Marxschen Kategorien wieder dorthin zu gelangen, wo die bürgerliche Volkswirtschaftslehre immer schon war und wohin es im übrigen auch den traditionellen Marxismus mit stets verschlagen hat.

Man muß wohl annehmen, daß Heinrich sich auf der „von Marx gewählten Abstraktionsebene“ nicht zurechtfindet und es ihm deshalb nicht weiter auffällt, daß er in seiner Modellrechnung wieder einmal *ein partielles einzelkapitalistisches Kalkül* unzulässigerweise auf die Ebene des gesellschaftlichen Gesamtkapitals hochrechnet. Daß dieses Kalkül auf der *betriebswirtschaftlichen* Ebene eine gewisse Rolle bei kurzfristigen Investitionsentscheidungen spielt, ist natürlich richtig. Allerdings steht es dabei ständig mit anderen Motiven im Konflikt, die über die Konkurrenz immer schon mit dem makroökonomischen Zusam-

menhang vermittelt sind (und die Marx im übrigen teilweise auch benennt): so etwa Strategien der Markteroberung oder der schlichte Zwang, im technologisch-organisatorischen Wettbewerb mithalten. Insbesondere in Situationen eines Umbruchs auf der Ebene der *Basistechnologien* (wie etwa im Zuge der mikroelektronischen Produktivkraftrevolution) kann es sich kein am Weltmarkt agierender Betrieb leisten, die entsprechenden Innovationen nicht einzuführen, auch auf das Risiko hin, kurzfristig Verluste zu machen.¹⁵ Weiterhin stehen auch andere Momente, wie z.B. Ungleichzeitigkeiten in der Produktivkraftentwicklung zwischen unterschiedlichen Produktionssektoren und Weltregionen, dem Versuch entgegen, einzelkapitalistische Rentabilitäts-Entscheidungen einfach linear und formalistisch auf die Ebene des Gesamtkapitals hochzurechnen. Viel wichtiger aber ist, daß Heinrich in seiner Rechnung die entscheidende Ebene der allgemeinen Rahmenbedingungen der fortgeschrittenen Produktivkraftentwicklung (Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Entwicklung, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem, Kommunikationswesen, militärische und polizeiliche Absicherung, Verwaltung der allgemeinen Angelegenheiten usw.) gar nicht berücksichtigen kann, die jeder einzelnen Investitionsentscheidung immer schon vorausgesetzt ist und zugleich als „faux frais“ (in Gestalt von „Overheadkosten“, Steuern, Abgaben und gesetzlichen Auflagen) auf ihr lastet. Es heißt, die Marxsche Theorie grundsätzlich mißzuverstehen, wenn man versucht, all diese verschiedenen Momente zu formalisieren und in ein mathematisches Modell mit einer eindeutigen Lösung pressen.

Abgesehen davon *kann* die Profitrate durchaus steigen, obwohl *gleichzeitig* die Wert- und die Profitmasse abnehmen, die Grundlage der Kapitalverwertung also unterhöhlt wird. Denn zwar liegt beiden Entwicklungen grundsätzlich der gleiche kapitalistische Selbstwiderspruch zugrunde, doch besteht keine lineare Beziehung zwischen ihnen, in dem Sinne, daß eine nach und nach fallende Profitrate auf Seiten der fungierenden Kapitalien ab einem gewissen Punkt in eine schrumpfende Wert- und Profitmasse übergehen würde. Vielmehr sind sowohl gleich- als auch gegenläufige Bewegungsrichtungen möglich und üblich.¹⁶ Der Grund dafür liegt auf der Hand: Bei der Profitrate handelt es sich um eine *relative* Zahl (das gesamtgesellschaftliche Verhältnis von Profit und eingesetztem Kapital), bei Profit- und Wertmasse hingegen um *absolute* Größen. Ich hatte oben schon darauf hingewiesen, daß eine fallende Profitrate auf der Ebene des Gesamtkapitals nicht unbedingt zum Problem gerät, solange es gelingt, neue, zusätzliche Sektoren der massenhaften Anwendung lebendiger Arbeitskraft auf dem gegebenen Produktivkraftniveau zu erschließen und damit die Akkumulationsbasis insgesamt zu

erweitern. Auch wenn die relativen Gewinne sinken, finden sich unter diesen Voraussetzungen immer wieder zusätzliche Möglichkeiten für die verwertungsträchtige Anlage von neu akkumuliertem Kapital.

Die „entgegenwirkenden Ursachen“ (genauer müßte es eigentlich heißen: entgegenwirkende Momente), insbesondere die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals, die Steigerung der Mehrwertrate und die Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Kapitals, können freilich auch eine Erhöhung der Profitrate bewirken, während gleichzeitig die Profitmasse zunimmt. Umgekehrt kann aber von einem Steigen der Profitrate *nicht* zwingend auf ein Wachstum von Wert- und Profitmasse geschlossen werden. Denn im Zuge eines säkularen Abschmelzens der wertproduktiven Arbeitskraftvernutzung können ja diejenigen Kapitalien, die noch im Rennen bleiben, durchaus eine hohe Profitrate erzielen. Das wäre dann der Fall, wenn die Vernichtung von Wert überwiegend durch die Verdrängung nicht mehr profitabler Einzelkapitalien (bis hin zur Entwertung ganzer Weltregionen) vermittelt ist und nun dem insgesamt geschrumpften Kapital eine zwar *absolut* geschrumpfte Profitmasse gegenübersteht, die aber bezogen auf das übriggebliebene Kapital eine gleichbleibende oder sogar gestiegene Profitrelation ergibt.¹⁷ Allerdings vollzieht sich eine solche Entwicklung nicht linear, sondern in diskontinuierlichen Schüben und mit Verlusten oder Gewinneinbußen auch für die zunächst überlebenden Kapitalien, die aber dann zumindest temporär wieder ihre Profitraten steigern können. Wer daher die vermeintlich oder tatsächlich hohen Gewinne des fungierenden Kapitals als Beleg für die angebliche Lebenskraft der modernen Warenproduktion heranzieht, verwechselt die partikuläre einzelkapitalistische Perspektive mit einer kritischen Analyse des kapitalistischen Gesamtzusammenhangs – und nur um die kann es hier ja gehen.

Kreditkrise und fiktives Kapital

Es gehört zu den großen Leistungen von Marx, in einer von seinen Epigonen nie wieder erreichten Klarheit den Zusammenhang zwischen dem Kredit- und Geldsektor und der Sphäre der Realakkumulation in seinen wesentlichen (und dazu gehören auch die krisenhaften) Vermittlungen analysiert zu haben. Freilich ist auch diese Analyse, wie vieles in seinem Werk, ein Torso geblieben und natürlich konnte sie die späteren Entwicklungen und institutionellen Ausdifferenzierungen nicht vorwegnehmen. Ihre Stärke beweist sie jedoch gerade darin, daß sie auch heute noch ein äußerst brauchbares Instrumentarium liefert, um die Entwicklungen an den Geld- und Finanzmärkten in ihrem Kern zu begreifen (vgl. dazu etwa Kurz 1995 und Lohoff 1995). Es erstaunt daher zunächst ein wenig (wenn man sich das

Staunen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgewöhnt hat), daß Heinrich behauptet: „Da Marx in seinen krisentheoretischen Ansätzen die Frage nach dem Verhältnis von Produktion und Kredit nicht mehr explizit aufgenommen hat, ist seine Krisentheorie nicht nur in einem quantitativen Sinne unabgeschlossen (insofern ein Teil fehlt), sondern vor allem in einem *systematischen* Sinn unvollständig und auch nicht in eindeutiger Weise oder mit dem Anspruch auf 'Authentizität' zu vervollständigen“ (S. 368). Diese Behauptung ist schlicht und einfach falsch. Denn auch wenn es stimmt, daß die Marxschen Untersuchungen über den Zusammenhang von Kredit und Realakkumulation nicht in einer in sich geschlossenen Gesamtdarstellung vorliegen (obwohl das Wichtigste wohl immerhin in *Kapital* III, allerdings verstreut über mehrere Kapitel, zu finden ist), so erschließt sich doch im kritisch-verstehenden Nachvollzug (um „Authentizität“ geht es ohnehin nicht) eine weitgehend kohärente Analyse.

Heinrich verschließt sich dieser Zusammenhang, weil er die Marxschen Erörterungen über das Geld- und Kreditsystem vollkommen eindimensional wahrnimmt. Den Kredit reduziert er im wesentlichen auf seine Funktion, durch die Konzentration von Geldkapital und durch zusätzliche Geldschöpfung eine erweiterte und flexiblere Akkumulation von Kapital zu gewährleisten, was er bezeichnenderweise die „Steuerungsfunktion des Kreditwesens“ nennt – vermutlich um sich so die Kompatibilität mit dem Keynesianismus und der Regulationstheorie zu bewahren (vgl. S. 299–305). Nun ist das aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die zwangsläufige Verselbständigung des Kredit- und Spekulationsüberbaus im Zuge eines jeden Krisenprozesses. Das heißt natürlich nicht, daß die Aufblähung von Kredit- und Spekulation die Ursache kapitalistischer Krisen wäre – die muß vielmehr immer auf der Ebene der Realakkumulation gesucht werden; sie ist aber ein notwendiges Moment jeder Krise und zwar in doppelter Hinsicht: Zunächst dienen Kredit und Spekulation dazu, den Kriseneinbruch aufzuschieben, weil sie fiktive Anlagemöglichkeiten für überschüssiges (also: überakkumuliertes) Kapital schaffen und gleichzeitig wertmäßig ungedeckte Kaufkraft schöpfen; letztlich führt das jedoch zu einer Krisenverschärfung, weil mit dem Platzen der Finanzblase auf einen Schlag ein ungeheures Entwertungspotential realisiert wird.

Diesen Zusammenhang macht Marx mehrfach explizit. So etwa an folgender Stelle: „Auf den ersten Blick stellt sich daher die ganze Krise nur als Kreditkrise und Geldkrise dar. Und in der Tat handelt es sich nur um die Konvertibilität der Wechsel in Geld. Aber diese Wechsel repräsentieren der Mehrzahl nach wirkliche Käufe und Verkäufe, deren das gesellschaftliche Bedürfnis weit überschreitende Ausdehnung schließlich der

ganzen *Krisis* zugrunde liegt“ (MEW 25, S. 507). Noch etwas deutlicher wird er in einem geradezu frappierend aktuell wirkenden Kommentar zur Handelskrise von 1857 in der „New York Daily Tribune“: „Wenn Spekulation gegen Ende einer bestimmten Handelsperiode als unmittelbarer Vorläufer des Zusammenbruchs (crash) auftritt, sollte man nicht vergessen, daß die Spekulation selbst in den vorausgehenden Phasen der Periode erzeugt worden ist und daher selbst ein Resultat und eine Erscheinung (accident) und nicht den letzten Grund und das Wesen (the final cause and the substance) darstellt. Die politischen Ökonomen, die vorgeben, die regelmäßigen Zuckungen (spasms) von Industrie und Handel durch Spekulation zu erklären, ähneln der jetzt ausgestorbenen Schule von Naturphilosophen, die das Fieber als den wahren Grund aller Krankheiten ansehen“ (MEW 12, S. 336 f.).

Diesen von Marx immer wieder betonten Sachverhalt entsorgt Heinrich auf die schon bekannte Weise, indem er nämlich den zentralen Begriff des „fiktiven Kapitals“ gründlich banalisiert. Unter fiktivem Kapital verstehe Marx angeblich „die bloßen Ansprüche auf einen Teil der Erträge (des fungierenden Kapitals; N.T.) aufgrund von Schuldverschreibungen oder Aktienanteilen. Da diese Ansprüche verkauft werden können, besitzen sie scheinbar einen eigenen Wert, stellen Kapital dar unabhängig vom wirklichen Kapital“ (S. 295). Was Heinrich hier zum besten gibt, ist aber nicht einmal die Hälfte der Miete. Er beschreibt lediglich die allgemeinste Voraussetzung für die Bildung von zinstragendem Kapital überhaupt, nämlich die Verdoppelung des Kapitals in fungierendes Kapital und papierne Ansprüche auf Kapital. Das fiktive Kapital ist aber nicht identisch mit dem zinstragenden Kapital, sondern eine (allerdings gewichtige) Sonderform davon; eine Form, bei der nämlich, ganz allgemein ausgedrückt, die Ansprüche auf eine bestimmte Wertsumme und deren Verzinsung nicht (mehr) durch die reale Verwertungsbewegung gedeckt sind.

Ein klassischer Fall dafür ist der Staatskredit, denn der Staat investiert das geliehene Geld in der Regel nicht in Projekte der Kapitalverwertung, sondern gibt es für seine konsumtiven Zwecke aus. „Das Kapital selbst ist aufgegessen, verausgabt vom Staat. Es existiert nicht mehr“ (MEW 25, S. 482). Dennoch geistert die betreffende Wertsumme in der Form von Schuldscheinen die Zinsen „abwerfen“ weiter durch die Gegend, bis es zu einer endgültigen Tilgung kommt (oder auch nicht). „Das Kapital, als dessen Abkömmling (Zins) die Staatszahlung betrachtet wird, ist illusorisch, fiktives Kapital. Nicht nur, daß die Summe, die dem Staat geliehen wurde, überhaupt nicht mehr existiert. Sie war überhaupt nie bestimmt, als Kapital verausgabt, angelegt zu werden, und nur durch ihre Anlage als Kapital hätte sie in einen sich erhaltenden Wert verwandelt

werden können" (MEW 25, S. 483). Analoges gilt auch für den Konsumentenkredit, wie Marx ausdrücklich klarstellt. Für den Gläubiger „repräsentiert der ihm zufallende Teil der jährlichen Steuer Zins von seinem Kapital, wie dem Wucherer der ihm zufallende Teil des Vermögens des Verschwenders, obgleich in beiden Fällen die geliehene Geldsumme nicht als Kapital verausgabt ward" (ebd.). Bei der dritten wichtigen Form des fiktiven Kapitals, der Aktienspekulation, verhält es sich ein wenig komplizierter (vgl. MEW 25, S. 485). Analytisch ist hier zu unterscheiden zwischen jenem Teil der Aktie, die den Anspruch auf einen realen Kapitalwert etwa in Gestalt von Produktionsanlagen, Lagerbeständen, Gebäuden etc. repräsentiert und einem zweiten, spekulativen Teil, der nur durch die Erwartungen auf die Zukunft „gedeckt" ist – oder eben nicht.

Indem Heinrich jedoch das fiktive Kapital identisch setzt mit dem zinstragenden Kapital schlechthin, gelingt es ihm, den bei Marx deutlich aufgezeigten Zusammenhang zur Krisentheorie zu entsorgen, den er dann später wundersamerweise vermissen wird. Das Problem reduziert sich bei ihm darauf, daß die Kursbewegungen der Anleihen und Aktien ganz allgemein ein von der realen Verwertung relativ selbstständiges Dasein führen. Dies allein und für sich genommen hat allerdings mit einem Krisenprozeß nichts zu tun. Es ist wiederum nur die allgemeinste Voraussetzung dafür, daß sich unter den entsprechenden Bedingungen eine krisenhafte Verselbständigung der Finanzmärkte entwickeln kann. Wird der im Kredit und der Aktienspekulation ausgedrückte Vorgriff auf eine zukünftig zu „schaffende" Wertsumme eingelöst, findet also eine entsprechende reale Verwertung statt, gibt es keinerlei Problem; es hat dann die ganze Operation tatsächlich nur dazu gedient, eine Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter zu ermöglichen. Werden jedoch Ansprüche auf die Zukunft angehäuft, die nie und nimmer realisiert werden können, dann kann der Zeitpunkt, an dem dies spürbar wird, durch die weitere Schöpfung von ungedeckter Liquidität (d.h. von fiktivem Kapital) zwar hinausgezögert werden, doch nur um den Preis, ein zusätzliches Entwertungs- und Krisenpotential zu schaffen, das sich früher oder später entladen muß.

An diesem Mechanismus, der prinzipiell sowohl in zyklischen als auch in strukturellen Krisen wirksam wird, hat sich seit den Lebzeiten von Marx nichts wesentliches geändert, wie sich mühelos auch empirisch für so ziemlich alle Kriseneinbrüche des 20. Jahrhunderts, einschließlich jener der jüngsten Zeit (etwa in Mexiko oder Südostasien), nachweisen läßt (vgl. z.B. Trenkle 1995). Was sich allerdings verändert hat, sind die ungeheuren Möglichkeiten eines überlangen Krisenaufschubs vor allem aufgrund der Entkopplung des Geldes vom Gold und der deregulierung der transnationalisierten Finanzmärkte. Das heißt aber nur, daß auch der letztlich unver-

meidliche Absturz, der nichts anderes ist, als die gewaltsame Herstellung der inneren Einheit von Finanzüberbau und Realakkumulation, umso verheerender sein muß. Es gilt hier *cum grano salis* das, was Marx bereits in den *Grundrissen* als allgemeinste Bestimmung der inhärenten Krisenhaftigkeit des warenproduzierenden Systems festhält: „Nachdem sie (die Ökonomen; N.T.) uns gezeigt haben, daß im Unterschied von der Ware Geld nötig ist, behaupten sie all at once, daß kein Unterschied zwischen dem Geld und der Ware existiert. Zu dieser Abstraktion wird Zuflucht genommen, weil in der wirklichen Entwicklung des Geldes Widersprüche vorkommen, die der Apologetik des bürgerlichen common sense unangenehm sind und daher vertuscht werden müssen. Insofern Kauf und Verkauf, die beiden wesentlichen Momente der Zirkulation, gleichgültig gegeneinander sind, in Raum und Zeit getrennt, brauchen sie keineswegs zusammenzufallen. Ihre Gleichgültigkeit kann zur Befestigung und scheinbaren Selbständigkeit des einen gegen das andere fortgehn. Insofern sie aber beide wesentlichen Momente eines Ganzen bilden, muß ein Moment eintreten, wo die selbständige Gestalt gewaltsam gebrochen und die innere Einheit äußerlich durch eine gewaltsame Explosion hergestellt wird. So liegt schon in der Bestimmung des Geldes als Mittler, in dem Auseinanderfallen des Austauschs in zwei Akte, der Keim der Krisen" (MEW 42, S. 128).

Heinrich macht den gleichen simplen Fehler, wie jene Ökonomen, von denen Marx hier spricht. Er setzt die Einheit von Finanzüberbau und Realakkumulation immer schon harmonistisch voraus, denn die „relative Selbständigkeit", die er dem Kredit zugestehen möchte, ist so eingeschränkt, daß sie sich per definitionem nie und nimmer zu einem Moment von Krisenaufschub und Krisenverschärfung auswaschen kann. Daher muß ihm auch jedes Insistieren auf diesem Moment als äußerliche „Störfaktorentheorie des Kredits" (so der Vorwurf an Robert Kurz auf S. 300, FN 70) erscheinen, die nicht weit entfernt sei vom bekannten antisemitischen Konstrukt, wonach ein „'raffendes', irgendwie irreales Finanzkapital (jüdisch) ... zum Parasiten des Realkapitals wird" (Heinrich 2000).¹⁸ Man darf nach einer Lektüre von Heinrichs Buch wohl annehmen, daß solchen Auslassungen weniger einer bewußten diffamatorischen Energie, als vielmehr tatsächlich ehrlichem Unverständnis geschuldet sind. Nur so erklärt sich auch, daß Heinrich allen Ernstes ausgerechnet Marx vorwirft, dieser reduziere den „Kredit auf ein bloß oberflächliches Phänomen ohne selbständige Bedeutung" (S. 368), um dann zur „Lösung" des Problems mit einer ganz platten positivistischen Zweifaktoren-Theorie aufzuwarten, wie sie jedem Volkswirtschaftsprofessor helle Freude bereiten würde: „bei der weiteren Ausarbeitung der Kri-

sentheorie" sei nämlich „an der Interaktion der Produktions- und der Kreditbedingungen anzusetzen" (S. 368; Hervorheb. Heinrich). Damit freilich hätte er konsequenterweise auch terminologisch das Problem des inneren Zusammenhangs von Kredit und Realakkumulation ausgelöscht. Denn zwei selbständige „Faktoren" (ebd.) die „interagieren" stehen nun einmal bloß äußerlich und oberflächlich miteinander in Beziehung. Wie sie sich zueinander verhalten (oder angeblich verhalten), hängt dann nur noch von den „Modellannahmen" und damit vom Interesse des Modellkonstruktors ab. Heinrichs Interesse ist bekannt: eine fundamentale Krise darf nicht sein, weshalb nur die „Steuerungsfunktion des Kreditsystems" in Betracht gezogen wird. Genaugogut ließe sich aber mit diesem Modell „beweisen", daß Kredit und Spekulation die Realakkumulation „behindern" oder „parasitär" auf ihr lasten. Diese Konsequenz zieht Heinrich nicht, aber er ahnt sie wohl, wie seine projektive Abwehrreaktion vermuten läßt. So findet ein rundum mißglückter Versuch, die Marxsche Krisentheorie unschädlich zu machen, seinen krönenden Abschluß.

Literatur:

- Heinrich, Michael: *Die Wissenschaft vom Wert* (2. überarb. und erweit. Auflage), Münster 1999
 Ders.: *Blase im Blindflug*, in *Konkret* 3/2000
 Thomas S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt 1976 (zuerst 1962)
 Kurz, Robert: *Postmarxismus und Arbeitsfetisch*, in *Krisis* 15, Bad Honnef 1995
 Ders.: *Die Himmelfahrt des Geldes*, in *Krisis* 16/17, Bad Honnef 1995
 Ders.: *Die Welt als Wille und Design*, Berlin 1999
 Lohoff, Ernst: *Die harte Landung des Dollar*, in *Krisis* 16/17, Bad Honnef 1995
 Ders.: *Große Fluchten*, in *Weg und Ziel* 1/2000
 Marx, Karl: *Das Kapital*, Band 3 (MEW 25)
 Ders.: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 42)
 Postone, Moishe: *Time, labor, and social domination*, Cambridge 1996 (zuerst 1993)
 Trenkle, Norbert: *Chronik einer angekündigten Krise*, in *ILA* 12/95
 ders.: *Kein Anschluß unter dieser Nummer oder: Weshalb es nie ein „postfordistisches Regulationsmodell" geben wird*, in *Weg und Ziel* 5/1998

Anmerkungen

1. Zugleich kann dieser Artikel auch als eine Replik auf Karl Reitters Kritik an der *Krisis* in *Weg und Ziel* 1/2000 verstanden werden, soweit sich diese an Heinrich anlehnt.
2. Alle Seitenangaben ohne weiteren Literaturverweis beziehen sich auf Heinrichs Buch (1999).
3. Strenggenommen müßte Heinrich die Marxsche Krisentheorie in toto verwerfen da er ja bereits deren allgemeinste Grundlage, nämlich, daß die

Arbeit die Substanz des Werts ist, negiert. Daß er trotzdem den Fall der Profitrate, die Überakkumulation etc. überhaupt auch nur diskutiert, gehört zu den vielen Ungereimtheiten seines Buches.

- 4 In der Krisis haben wir dafür den Begriff des „doppelten Marx“ geprägt. Unterschieden wird dabei zwischen dem Modernisierungstheoretiker und dem Kritiker des Warenfetischs (vgl. etwa Kurz 1995). Beide Seiten des Marxschen Denkens (die nicht immer sauber auseinander zu halten sind) durchziehen das gesamte theoretische Werk, lassen sich also keinesfalls einfach einer bestimmten Schaffensperiode zuordnen („junger Marx“ vs. „reifer Marx“) wie es etwa auch Heinrich tut.
- 5 An einigen Stellen macht Heinrich ungewollt sein positivistisches Wahrnehmungsraster auch explizit; so etwa in FN 40 (S. 343), wo er den äußerlichen Gegensatz aufmacht, Marx sei „nicht bloß ‘Theoretiker’, sondern ein durchaus moderner, empirisch orientierter Sozialforscher“ gewesen.
- 6 Es geht hier ja wohl gemerkt nicht um die Frage, ob sich der Kapitalismus derzeit in einer solchen Situation befindet (eine Frage, über die man gesondert streiten muß), sondern zunächst nur um

die theoretische Möglichkeit. Allein diese schon streitet Heinrich ab.

- 7 Wie Marx die Hegelschen Begrifflichkeiten im Sinne seiner Kritik der politischen Ökonomie aufgreift, hat am besten Moishe Postone in seinem grundlegenden Werk (1993, hier zitiert nach der broschürierten Ausgabe von 1996, vgl. vor allem S. 71 ff.) dargestellt, auf den Heinrich auch in der überarbeiteten Neuauflage seines Buches mit keiner Zeile eingeht.
- 8 Um gleich den gängigen Unterstellungen vorzubeugen, die einer solchen Aussage immer auf den Fuß folgen: Mit der Sprengung der herrschenden Produktionsverhältnisse ist nicht anderes gemeint, als daß diese an ihre objektive Schranke stoßen, also unhaltbar werden. Ob sich daran eine emanzipatorische Aufhebung anschließt oder nicht, ist keinesfalls determiniert und steht somit auf einem ganz anderen Blatt...
- 9 Diesen Grundgedanken wiederholt Marx an vielen Stellen, so z. B. etwas später im gleichen Kapitel (MEW 25, S. 268 und 270).
- 10 Worin diese Schranke besteht, sagt Marx ausdrücklich noch einmal ein paar Seiten weiter: „Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche

die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d.h. in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringem Zeiteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs setzen würde. Hierin erscheint wieder die spezifische Schranke der kapitalistischen Produktion. [...] Ihre Schranke ist die überschüssige Zeit der Arbeiter“ (MEW 25, S. 274). Daß Marx einen direkten Kausalzusammenhang zwischen dieser Entwicklung und einer (proletarischen) Revolution herstellt (ähnlich wie in jener berühmten Passage aus dem 23. Kapitel von Kapital I), ist seinem historischen Bezugsrahmen geschuldet, ändert jedoch nichts am ökonomischen Gehalt der Aussage. Diese wie viele andere einschlägige Passagen „überliest“ Heinrich.

- 11 Immerhin scheint Engels gemerkt zu haben, daß irgendetwas nicht zusammenpaßt, denn er sagt ausdrücklich: „Hier fällt die kapitalistische Produktionsweise in einen neuen Widerspruch“ (ebd.; Hervorheb. N.T.). Allerdings scheint ihm nicht weiter aufzufallen, daß dieser angeblich „neue Widerspruch“ nicht einfach friedlich neben dem oben aufgeführten bestehen kann, sondern ihm im Gegenteil negiert.
- 12 Den gleichen „Trick“ wendet Heinrich auch immer wieder gerne gegen die Krisendiagnose der Krisis im allgemeinen und Robert Kurz im besonderen an, so neuerdings wieder in Heinrich 2000.
- 13 Den betreffenden Abschnitt im 15. Kapitel von Kapital III nennt Engels (dem die Sache offenbar selbst nicht ganz klar ist) in der von ihm redigierten und zusammengestellten Version bezeichnenderweise „Überfluß an Kapital bei Überfluß an Bevölkerung“, obwohl dort primär der Fall einer zyklischen Überakkumulation behandelt wird.
- 14 Dies ist ein Grund dafür, weshalb Heinrichs Buch auch in traditionell-linksradikalen Kreisen durchaus positiv rezipiert wird.
- 15 Das zeigt sich übrigens auch empirisch: Fusionen und Umstrukturierungen „rentieren“ sich nur selten schon in den ersten Jahren (und nicht selten auch nie).
- 16 Wenn Marx feststellt: „Die Abnahme (der Profitrate; N.T.) ist relativ, nicht absolut, und hat in der Tat mit der absoluten Größe der in Bewegung gesetzten Arbeit und Mehrarbeit nichts zu schaffen“ (MEW 25, S. 227), dann gilt das auch in umgekehrter Richtung.
- 17 Um dies zu veranschaulichen: Wenn das gesellschaftliche Gesamtkapital zum Zeitpunkt 1 $k_1 = 1000$ und die Profitmasse $p_1 = 100$, ergibt sich eine Profitrate von 10%. Sinkt zum Zeitpunkt 2 das Gesamtkapital auf $k_2 = 600$ und die Profitmasse $p_2 = 80$, steigt die Profitrate auf 13,3 %.
- 18 Vgl. zur Auseinandersetzung mit solchen vorsichtshalber nicht belegten Vorwürfen, die nicht nur von Heinrich erhoben werden, Kurz 1999.



Mit Beiträgen von
Gerd Bedzent, Götz
Eisenberg, Volker
Hildebrandt, Robert Kurz,
Ernst Lohoff, Martin
Massip, Franz Schandl,
Roswitha Scholz,
Norbert Trenkle, Karl-
Heinz Wedel

ISBN 3-89458-182-4
256 Seiten, 34 Mark

Je offensichtlicher es wird, daß die Tage der Vollbeschäftigung vorbei sind, desto lauter ertönt der Ruf nach ihrer Rettung. Der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmer – sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit.

Diesem neuen Fundamentalismus setzen die AutorInnen eine grundsätzliche Kritik des Begriffs der Arbeit entgegen. Arbeit ist für sie keine überhistorische Kategorie, keine Bedingung für die menschliche Existenz. Es geht nicht um die Rettung der Arbeit, sondern um ihre Aufhebung.

KONKRET LITERATUR VERLAG
Hoheluftchaussee 74, 20253 Hamburg

Originalmarx und Einführungsmarx

ÜBER DIE NOTWENDIGKEIT DES STUDIUMS DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

von Stephan Grigat

Spätestens seit 1990 sieht es für den Marxismus – und mit ihm für die gesamte Gesellschaftskritik – nicht gerade rosig aus. Mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus osteuropäischer Prägung begann eine Zeit des allgemeinen Marx-Tötens. Jeder dahergelaufene Journalist oder Philosophieprofessor konnte sich daran beteiligen – und die meisten haben es auch getan. Akademische und journalistische, professorale und feuilletonistische Kritiker und Kritikerinnen von Marx und Engels zeichnen sich dabei vor allem durch eines aus: ihre Unkenntnis der Werke von Marx und Engels.

Auch gegenwärtig gibt es sowohl in der populären wie auch in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Marx deutliche Anzeichen für Regression. Der Ex-Maoist Karl-Peter Schwarz beispielsweise erzählte vor einiger Zeit seinen Lesern und Leserinnen in der *Presse*, das im „Manifest der Kommunistischen Partei“ das gleiche stünde wie im „Kapital“, und Stephan Schulmeister, der als eine der wichtigeren Figuren der 68er in Österreich gilt, macht sich – wenn man der Wiener Stadtzeitung *Falter* Glauben schenken darf – seit 16 Jahren darüber Gedanken, warum der Marxismus angeblich immer nur zwischen Kapital und Arbeit, aber nicht zwischen spekulativem und unternehmerischem Kapital unterschieden habe. Da kann man sich so ungefähr vorstellen, wie einige der „Kapital“-Seminare Ende der 60er Jahre abgelaufen sein müssen.

Seit einiger Zeit wurde jedoch davon Abschied genommen, in Marx nur einen veralteten Theoretiker oder den Stichwortgeber des stalinistischen Terrors zu sehen. Im Zuge der Globalisierungsdebatte sind einige seiner Werke erneut zum Zitatesteinbruch avanciert. Wie wenig jedoch auch solch ein selektiver Zugriff den Intentionen von Marx oder auch von Engels gerecht wird, zeigt sich bei jeder ernsthafteren Auseinandersetzung mit der Marxschen Kritik. Wer an solch einer Auseinandersetzung nach wie vor Interesse hat, kann neben einer Vielzahl von neueren Zeitschriften, die sich vor allem mit den Implikationen Marxscher Kritik für heutige Bemühungen um eine emanzipative Perspektive beschäftigen, auch auf philologische und editorische Grundlagenforschungen zum Werk von Marx und Engels zurückgreifen. Beheimatet ist solcherart Grundlagenforschung seit Beginn der 90er Jahre vor allem in den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung“, die seit 1991 als neue Folge erscheinen. Bis 1990 waren die „Beiträge“ das Organ der Herausgeber

der Marx-Engels-Gesamtausgabe in Berlin, in dem sich schon zu DDR-Zeiten vor allem editionsspezifische Forschungen statt weltanschaulichen und ideologischen Verlautbarungen fanden.

Die „Beiträge“ erscheinen einmal jährlich im Umfang eines Buches. Zusätzlich gibt es Sonderbände. Neben den Aufsätzen zu einem meist nicht sehr eng gefaßten Schwerpunktthema finden sich Kongreß- und Tagungsberichte. Die zum Teil in englisch publizierten Artikel stammen vor allem von Forschern und Forscherinnen aus der alten BRD und der ehemaligen DDR, aber auch Autoren und Autorinnen beispielsweise aus Italien, Japan oder China kommen zu Wort.

Zur Rekonstruktion der Marxschen Kritik sind die „Beiträge“ unentbehrlich. Gerade wenn einem an der Entdogmatisierung und Entideologisierung des Marxismus gelegen ist, kann man auf die authentische Wiedergabe der Marxschen Kritik, die, wie in den „Beiträgen“ immer wieder thematisiert wird, bereits durch Engels Tätigkeit als Herausgeber maßgeblicher Manuskripte von Marx kaum noch gewährleistet war, nicht verzichten. Daß die Beschäftigung mit den Marxschen Originalmanuskripten mitunter eine gewisse akademische Langeweile verbreitet, liegt in der Natur der Sache. Man sollte jedoch froh sein, daß es Menschen gibt, die sich mit Forschungen herumplagen, die zu Aufsätzen mit so wunderbaren Titeln wie „Welche Marxschen Hinweise bzw. Anweisungen benutzte Engels bei seiner Vorbereitung zur 3. deutschen Auflage des ersten Bandes des ‚Kapitals‘?“ oder „Zwei Seiten, die Engels bei der Herausgabe von Buch III des ‚Kapital‘ zu schaffen machten“ führen.

Die Artikel in den „Beiträgen“ setzen allerdings einiges an Kenntnissen bezüglich der Marxschen Theorie voraus. Wer über solche nicht verfügt, sei hier noch auf eine andere Neuerscheinung verwiesen. Zur Marxschen Theorie und vor allem zur Kritik der politischen Ökonomie existieren zahlreiche mehr oder weniger populär verfaßte Einführungen. Zu empfehlen sind davon jedoch kaum welche. Nach wie vor ist man immer noch am besten damit beraten, das „Kapital“ von Marx im Original zu lesen, um sich dann über die oft atemberaubenden Interpretationen und Verkürzungen in den Einführungen wundern zu können. Daran hat sich nichts geändert, aber nun ist ein Band erschienen, der zwar, wie die Autoren selbst betonen, das Lesen des Marxschen Originals keinesfalls ersetzen kann, sich aber, trotz aller in einer Einführung wohl kaum

zu umgehenden Vereinfachungen, durchaus als begleitende Lektüre zu einem erstmaligen „Kapital“-Studium eignet. In „Kapital.Doc“ faßt Elmar Altvater, der jahrelang an der Freien Universität in Berlin „Kapital“-Kurse abgehalten hat, die einzelnen Abschnitte und Kapitel des ersten Bandes von Marx' Hauptwerk zusammen. Er liefert Erläuterungen und Kommentare und versucht auch aktuelle Bezüge herzustellen, wobei Altvater in den letzten Jahren intensivierte Beschäftigung mit ökologischen Problemen deutlich herauszuhören ist. Illustriert werden die Ausführungen mit Schaubildern, die sich angenehm von den Diagrammen und Tabellen der etablierten Volkswirtschaftslehre unterscheiden.

Ergänzt wird das Ganze durch eine kommentierte Literaturliste zur Kritik der politischen Ökonomie von Michael Heinrich, die einen guten Überblick über jene Diskussionen liefert, die sich am „Kapital“ entzündet haben, und durch einen editionshistorischen Aufsatz zur Entstehungs- und Überlieferungsgeschichte der Marxschen ökonomischen Manuskripte von Rolf Hecker, in dem viele der Forschungsergebnisse, die in den letzten Jahren in den „Beiträgen zur Marx-Engels-Forschung“ veröffentlicht wurden, zusammengefaßt werden.

Zu dem Buch gehört auch eine von Petra Schaper-Rinkel erstellte CD-Rom, auf der sich neben Hinweisen auf die wichtigsten Marx-Forschungsinstitutionen der Text des Buches und des ersten Bandes des Marxschen „Kapital“ befindet, und die sich vor allem durch die Möglichkeit der Stichwortsuche auch für Fortgeschrittene zum Weiterstudium eignet.

Immer mal wieder werden wir von Lesern und Leserinnen der *Streifzüge* oder von Besuchern und Besucherinnen von Veranstaltungen des „Kritischen Kreises“ angegangen, daß es uns doch bloß darum ginge, die Leute zu einem „Kapital“-Lesekreis zu überreden. Mal abgesehen davon, daß es uns in erster Linie darum geht, die Leute zur Gesellschaftskritik anzustiften, „bloß“ oder „nur“ um's „Kapital“-Studium geht es uns sicher nicht – und überreden wollen wir schon gar niemanden. Dennoch wollen wir nicht verschweigen, daß wir nicht gerade vor Ärger platzen würden, wenn sich die verbliebene Restlinke (und nicht nur die) massenhaft zur Lektüre der Kritik der politischen Ökonomie entscheiden würde, anstatt die Vorurteile über sie zu pflegen. Warum man uns das zum Vorwurf machen will, haben wir allerdings noch nie verstanden.

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Berlin – Hamburg: Argument-Verlag, pro Band ca. 220 Seiten, ca. 27,- DM

Elmar Altvater/ Rolf Hecker/ Michael Heinrich/ Petra Schaper-Rinkel: Kapital.Doc. Das Kapital (Bd. I) von Marx in Schaubildern und Kommentaren. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 1999, 240 Seiten, 48,- DM, 350,- ÖS

Ihr und wir

von Franz Schandl

Für (zunehmenden!) Zuspruch und Zufluß möchten wir uns auf diesem Wege herzlich bedanken. Wir sind Euch und Ihnen ja ausgeliefert. Daß das Spendenaufkommen nachläßt, können wir nicht dulden. Das Börsel will gezückt sein. Daß andere auch diese Möglichkeit haben, die *Streifzüge* kennenzulernen, dafür sollten wir gemeinsam sorgen. Also bitte, schickt uns nicht nur Geld, Anregungen und Artikel, sondern auch Adressen von Personen, denen wir ein Gratis-Probeabo zustellen können.

Entschuldigen wollen wir uns ausdrücklich bei unseren in Deutschland lebenden Beziehern. Ihnen haben wir in den letzten beiden Ausgaben die Kontonummer vorenthalten. Goshert Geld fordern, und dann nicht einmal ordern, wohin es gehen soll, das ist wahrlich traurig. Wir versprechen, das soll nie wieder vorkommen.

Da wir in erster Linie ein kleiner Theorie-Zirkel sind und keine aktive Gruppe (womit nichts gegen aktive Gruppen gesagt ist), geht es primär um die Absicherung theoretischer Tätigkeit. Abozahlen und Spenden stehen in keinem kommerziellen Wettbewerb, aber sie helfen mit, unsere Erkenntnis- und Entfaltungsmöglichkeiten zu erhöhen. Das können nicht nur wir wollen, sondern das ist auch der Leser Pflicht, nehmen sie sich ernst, wie wir sie nehmen oder zumindest gerne nehmen wollen. Wir können nur ermöglichen, was Sie uns leisten, nur halten, was Ihr uns läßt.

Wir erwarten Rezipienten, die bereit sind, sich auch auf schwierige Texte einzulassen, die

sich anstrengen, auch komplizierteren Gedanken zu folgen, die bereit sind, sich nicht auf den gesunden Menschenverstand zu verlassen und somit auf ordinäre Weise zu kapitulieren, sondern eben diesen, wo immer möglich, durch Kritik zu ersetzen. Wir wollen dabei Hilfestellung leisten und zu ungeahnten Reflexionen verführen. Mit uns können sie in Gegenden gelangen, die wir alle nicht für möglich gehalten hätten. Der Geist reicht weit, nimmt er sich nur alles heraus. Daß hier manches bei der ersten Lektüre direkt verrückt klingen mag, sollte nicht verwundern, sondern weiterhin zum Nachdenken anregen. Nicht wir sind verrückt, sondern die Verhältnisse.

Wir machen Fehler und sind des öfteren auch unsicher in unseren Einschätzungen, die selbstverständlich nicht immer widerspruchsfrei sind. Auch sind wir in Vorstellungen und Begriffen befangen, von denen sich einige als nicht tragfähig und zukunftsträchtig erweisen werden. Kritische Theorie ist work in progress. Ihre Qualität bemißt sich an der Aussagekraft, die sie in ihrem jeweiligen Kontext entwickelt. Unser Nichtwissen ist größer als unser Wissen, eines aber wissen wir sicher: In den ausgetretenen Sackgassen können und wollen wir uns nicht mehr bewegen. Getreu einem der hellsten Köpfe, die wir kennen, und den wir auch weiterhin außerordentlich schätzen: „Es gibt keine Landstraße für die Wissenschaft, und nur diejenigen haben Aussicht, ihre lichten Höhen zu erreichen, die die Mühe nicht scheuen, ihre steilen Pfade zu erklimmen.“ (Karl Marx)

Impressum & Offenlegung

Medieninhaber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien. E-Mail: ger.scheit@aon.at. Der Medieninhaber ist zu 100% **Eigentümer** der Streifzüge und an keinem anderen Medienunternehmen beteiligt. **Herausgeberin:** Context – Initiative für freie Studien und brauchbare Information, A-1140 Wien. **Grundlegende Richtung:** Kritik. Redaktion (zugleich Mitglieder des **Leitungsorgans des Medieninhabers**): Stephan Grigat, Franz Schandl, Gerhard Scheit, Gerold Wallner, Maria Wölflingseder und Robert Zöchling. **Produktion:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Telefon 5331427, Telefax 5327416. **Hersteller:** Fa. Melzer, Kirchengasse 48, A-1070 Wien. **Konten:** P.S.K. BLZ 60000, Kontonummer 93.038.948; Deutschland: F. Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Kontonummer 405 952 854. **Abo-richtpreis:** ATS 100, DM 20, Euro 10.

Streifzüge- BestellerInnen aus der

Bundesrepublik Deutschland

mögen ihre Abogebühr (DM 20, Euro 10) oder Spende bitte an folgendes Konto überweisen:

Franz Schandl, Postbank Nürnberg, Kontonummer 405 952 854 (Bankleitzahl 760 100 85). ErstbezieherInnen bitten wir um schriftliche Bestellung, da seitens des grandiosen Bankservices den Kontoauszügen nicht immer die vollständige Adresse zu entnehmen ist.

Streifzüge-Abo

Die weitere Zustellung der *Streifzüge* kann nur durch Einzahlung eines Geldbetrages mittels des beiliegenden Zahlscheines sichergestellt werden. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim. Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 100,- ATS als *Streifzüge*-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende für die *Streifzüge* und für die Tätigkeit des Kritischen Kreises.

Zur Deckung der gesamten Kosten der *Streifzüge* sind wir auf die Bereitschaft der Leserinnen und Leser angewiesen, nach ihren Möglichkeiten auch höhere Beträge einzuzahlen.

P.b.b. – 312718W96U – Verlagspostamt 1050 Wien